

# Die Freiburger Musikhochschule und ihre Vorläufer

Von  
URSULA HUGGLE

Wer heute aus dem östlichen Dreisamtal nach Freiburg fährt, sieht rechter Hand rötliche Backsteingebäude liegen. Sie beherbergen seit genau zwanzig Jahren, seit 1983, die „Staatliche Hochschule für Musik“. Diese Institution ist 1946 im zerstörten Freiburg, der Hauptstadt (Süd)Badens, unter schwierigsten Bedingungen gegründet worden.<sup>1</sup> Sie konnte dabei auf Vorläufer in der Weimarer Republik zurückgreifen, die – wie so viele Institutionen – in der Zeit des Nationalsozialismus zur Vermittlung von „Volksgut“ instrumentalisiert wurden, bis sie 1944 aus Kriegsgründen ihre Tore schließen mussten.

## Die Universität als Initiator

Die Anfänge einer Musikschule in Freiburg reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück und beweisen schon früh das Interesse der Bürgerschaft am örtlichen Musikleben. Häufig war dabei die Initiative auch von privater Seite ausgegangen, und die Stadt hatte sich lediglich an den Kosten beteiligt. Das 1898/99 gegründete „Freiburger Musik-Konservatorium“, dem eine Theaterschule angegliedert war, subventionierte sie immerhin mit 3.000 Mark jährlich. Gründer und Leiter dieser Schule waren der Pianist Carlo del Grande und später G. Wille-Helbing. Im Kriegsjahr 1915 zog die Stadt ihre finanzielle Unterstützung zurück, die Staatsanwaltschaft interessierte sich wegen Spionageverdachts für das Konservatorium. Daraufhin schweigen die Akten.<sup>2</sup> Während und nach dem Ersten Weltkrieg hatte man andere Sorgen; die Ernährungssituation verschärfte sich, die Erwerbslosenzahlen stiegen, Demonstrationen und Protestversammlungen ließen Musik, Kunst und Wissenschaft in den Hintergrund treten. Sogar die Studentenzahlen sollten künftig auf zehn Prozent der bisherigen Zahl begrenzt werden.<sup>3</sup> Aber während das Stadttheater aus finanziellen Gründen bis 1924 geschlossen blieb, regten sich an der Freiburger Universität trotz der schwierigen Wohnungs- und Ernährungssituation der Studenten bald erste Impulse für die Musik, als Willibald Gurlitt zum Professor für Musikwissenschaft ernannt wurde. Er, ein Schüler des bekannten Musiktheoretikers Hugo Riemann, gründete 1920 an der Universität ein Musikwissenschaftliches Seminar, das Collegium Musicum, und schuf damit eine neue Disziplin, die Musikstudium und Musikunterricht in Freiburg entscheidend prägen sollten.<sup>4</sup> Zu dieser Zeit bestand das private Konservatorium Wille-Helbing noch, bald darauf fiel es jedoch den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Inflationsjahre zum Opfer.<sup>5</sup>

Mit Prof. Gurlitt kam ein Fachvertreter der jüngeren Generation an die Universität. Er trug wesentlich zur Wiederbelebung von alter Musik auf historischen In-

strumenten bei und förderte auch die Orgelbewegung. Als Anhänger musikalischer Erneuerungsbestrebungen begrüßte er in den Zwanzigerjahren die bereits präfaschistisch gefärbte Jugendmusikbewegung. Da ihm die Ausbildung junger Musiker am Herzen lag, setzte er sich zusammen mit dem Musikpädagogen Dr. Erich Doflein und dem Leiter der Musiktheorie, Dr. Hermann Erpf, bei der Stadt für die Gründung einer Musikschule ein.

Hermann Erpf, 1891 in Pforzheim geboren, studierte bei Philipp Wolfrum in Heidelberg und Hugo Riemann in Leipzig Musikwissenschaft sowie naturwissenschaftliche und philosophische Fächer. 1913 promovierte er bei Riemann. Nach seinem Kriegsdienst von 1914-1918 unterrichtete er Klavier und Musiktheorie am Konservatorium Röhmeier in Pforzheim bis er 1922 als Lektor für Musiktheorie an die Albert-Ludwig-Universität in Freiburg kam. Sein Hauptinteresse galt der zeitgenössischen Musik; er komponierte auch selbst, unter anderem die „Satzfolge Nr. 1 für Streichquartett“ (1921), die auf einer freien Form beruhte, nicht mehr auf der Sonatenform. Als Vertreter atonaler Musik bevorzugte er die Komponisten Schönberg, Hindemith und Reger. Zum Thema „Tonalität, Polytonalität und Atonalität“ verfasste er mehrere Aufsätze. 1925 ging Erpf an die Akademie für Bewegung, Sprache und Musik in Münster in Westfalen. Als Direktor der städtischen Folkwangschulen in Essen bekundete er Ende der 1920er Jahre nochmals sein Interesse am Aufbau einer städtischen Musikschule in Freiburg, kehrte jedoch nicht mehr zurück.

„In einer Stadt mit hochentwickeltem Musikleben, wie es Freiburg besitzt, besteht ein öffentliches Interesse an einer sorgfältigen musikalischen Erziehung der musikbegabten Jugend wie der künftigen Berufsmusiker,“ begründete im Juni 1924 Hermann Erpf den Wunsch nach der Gründung eines Konservatoriums. Die Zeitumstände waren für ein solches Vorhaben jedoch nicht günstig, denn Deutschland litt noch unter den Folgen des Ersten Weltkriegs. Ein Jahr nach der Inflation war aus der einst vermögenden ‚Pensionopolis‘ Freiburg eine Stadt verarmter Bürger geworden. Kunst sei nicht Luxus, sondern Lebensnotwendigkeit, argumentierte Erpf und legte Bürgermeister Hofner einen Plan vor, der bereits Elemente der vom preußischen Ministerium ausgehenden Reformbewegung für den Musikunterricht enthielt. Zu diesem Zeitpunkt dachte man nur an eine städtische Musikschule, in der „ortsansäßige Privatmusiklehrer“ zunächst etwa 300 Schüler unterrichten sollten. Eine kleine Zahl, verglichen mit dem Landeskonservatorium in Karlsruhe, das rund 1.200 Studierende ausbildete. Die größte Hochschule für Musik mit über 3.000 Schülern bestand damals in Mannheim-Ludwigshafen.

So hoch wollte man in Freiburg nicht hinaus; nach Erpfs Plänen wollte man sich mit vier Klassen begnügen. Die Schüler der Unterklasse sollten 120 Mark Schulgeld pro Jahr bezahlen, die der Ausbildungsklasse 500 Mark. Ebenso hierarchisch gestuft stellte man sich die Bezahlung für die Musiklehrer vor, die von 1.800 bis 6.600 (Violine) und 8.400 Mark (Klavier) für die oberste Ausbildungsklasse reichte. Als Schulgebäude wäre das Anwesen am Karlsplatz 30 in Frage gekommen oder auch das Colombischlösschen. Erpf setzte sich energisch für eine solche Schule ein und argu-



Abb. 1 Hermann Erpf war von 1922 bis 1925 als Lektor für Musiktheorie an der Albert-Ludwig-Universität in Freiburg tätig (StadtAF, C4/XI/25/1, S. 25)

mentierte, dass „die zu gründende Anstalt die erste rein städtische Gründung in Deutschland werden würde“. Die künftigen Musikschulen sollten gemeinnützige Anstalten ohne private Gewinninteressen sein und vor allem musikalische Allgemeinbildung vermitteln, damit die Schüler nicht auf der Stufe eines „ungesunden, dilettierenden Virtuositums“ stehen blieben.<sup>6</sup>

Im Herbst 1925 sollte nun am Karlsplatz das städtische Konservatorium entstehen, das einmal die instrumentaltechnische und musikalische Ausbildung der Jugend zum Ziel hatte, zum andern die Ausbildung von Berufsmusikern und Privatmusiklehrern. Es war vorgesehen, die Leitung in die Hände eines von der Universität vorschlagenden Rektors nebst dreier Beiräte zu legen. Insoweit konnte die Universität also noch Einfluss nehmen, im übrigen handelte es sich um „ein rein städtisches“ Musikkonservatorium, für das die Stadt von der Landesregierung ebenso viel

„Verständnis“ – gemeint waren Subventionen – wie für Karlsruhe erwartete. Von einer „Anstalt mit Hochschulcharakter“ wolle man der peripheren Lage Freiburgs wegen absehen. Daher stieß dieses Projekt bei Prof. Gurlitt wohl zunächst nicht auf besonderes Interesse.<sup>7</sup> Andererseits kam aus der deutsch-liberalen Volkspartei die Frage, warum sich gerade die Universität um eine solche Musikschule kümmere. Diese Partei missbilligte ohnehin die von Erpf vertretene atonale Richtung, die „auf den französischen Israeliten Satie zurückgeführt“ wurde. Antisemitische Tendenzen zeigten sich bereits überdeutlich.

Die Zwanzigerjahre waren im Bereich der Musik eine Umbruchzeit; die verschiedensten Stilrichtungen von expressionistisch und atonal bis zu Schönbergs Zwölftonmusik veränderten die Musikszene. Über ein Jahrzehnt war Deutschland von der Entwicklung in anderen Ländern abgeschottet gewesen, daher stieß die neue Musik oft auf Unverständnis – sie entspräche nicht „dem Volksempfinden“. Die „Freiburger Zeitung“ sah wiederum das städtische Engagement als Einmischung in die künstlerische Freiheit. Die Zeit war noch nicht reif für eine solche Musikschule. Im November 1925 wurde das Projekt „aus Klugheitsgründen“ zurückgestellt, in Wirklichkeit hatte jedoch der Bürgerausschuss keine Zustimmung erteilt. Selbst Max Mayer, SPD-Stadtrat und ursprünglich Befürworter des Projekts, äußerte Bedenken wegen der schwierigen Wirtschaftslage. Deutlicher formulierte es der Landeskommissär, der das Projekt „zum Teil durch Unverstand der Beteiligten, zum Teil aus persönlicher und politischer Gehässigkeit“ als gescheitert betrachtete. Im übrigen zweifle er an der Qualifikation von Doflein: Dieser sei schließlich einmal Mitarbeiter der Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ gewesen. Offenbar betrachtete er Doflein als ‚Nestbeschmutzer‘, der zu Deutschlands ‚Erbfeind‘ Frankreich Beziehungen unterhalten habe. Wahrscheinlich führte auch Erpfs „übermoderne Richtung“ zur Ablehnung des Projekts.

Inzwischen hatten Erich Doflein, der Organist Ernst Kaller und der Komponist Fritz Katz die Initiative ergriffen und im Oktober 1926 „Freiburger Kurse zur theoretischen Musik-Ausbildung und allgemeinen musikalischen Laienbildung“ gegründet. Eine solche Schulung war dringend notwendig, da es bisher in den süddeutschen Staaten keine gesetzliche Regelung für die Zulassung zum Privatmusikunterricht gab, also auch keine Examina.<sup>8</sup> Häufig fehle daher die theoretische und musikgeschichtliche Ausbildung, meinten die Initiatoren Doflein und Kaller. Dem widersprach energisch ein Mitglied des Musikpädagogischen Verbandes namens Goguel, das seine private Tätigkeit in Gefahr sah. Von Konservatorien halte er nichts, denn „die Befürworter von künstlerischen Massenbetrieben erweisen sich als Schädlinge an unserer musikalischen Kultur“. Die „Freiburger Kurse“ fanden jedoch Zustimmung und wurden bald erweitert. Auf dem Lehrplan standen 1927 Gehörbildung, Harmonielehre, moderne Harmoniesysteme, Kontrapunkt, Klang- und Stillehre, Instrumentationslehre und Partiturspiel, Einführung in das „Wohltemperierte Klavier“ Bachs, Musikgeschichte sowie eine Einführung in die moderne Klaviermusik. Die letzten beiden Fächer unterrichtete Dr. Erich Katz, der Musikreferent der „Freiburger Zeitung“. Die Kurse waren gut besucht, im Herbst 1927 wurden bereits 96 Schüler im „Musik-Seminar Freiburg i. B.“ unterrichtet, das inzwischen dem Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer angeschlossen war.



Das Projekt „Städtische Musikschule“ war aber keineswegs vergessen. Jetzt war es der Komponist Julius Weismann, der um Wiederaufnahme der Verhandlungen nachsuchte. Namhafte Freiburger Bürger setzten sich ebenfalls dafür ein, unter ihnen die Stadträte Grumbach und Mayer sowie Prof. Gurlitt, der einer solchen Gründung nun positiv gegenüberstand. Als günstig erwies sich, dass das zwischenzeitlich anderweitig genutzte Gebäude am Karlsplatz 26-30 wieder zur Verfügung stand. Nur schien die wirtschaftliche Situation aber eine Verwirklichung in weite Ferne zu rücken. Der ursprüngliche Initiator der Musikschule, Hermann Erpf – inzwischen Direktor der städtischen Folkwangschulen in Essen -, bekundete erneut sein Interesse. Es bestehe zurzeit eine allgemeine Tendenz, die Musikschulen, vor allem die mit Hochschulcharakter, zu verstaatlichen, schrieb er. Das würde eine finanzielle Entlastung für die Stadt bedeuten. Würden aber Stadtrat und Bürgerausschuss in der Versammlung am 3. Mai 1930 der Errichtung eines Musikseminars zustimmen, mitten in der Weltwirtschaftskrise? Das badische Unterrichtsministerium wollte immerhin 30.000 Reichsmark aus Mitteln des Grenzfonds zur Verfügung stellen, die Stadt jährlich 12.000 Mark zuschießen. Vorerst sollte es sich noch um ein privates Unternehmen handeln, dessen staatliche Anerkennung als Seminar jedoch vorgesehen war. In der Abstimmung wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. Die Sozialisten, unter ihnen Max Mayer, waren dafür, während drei demokratische Stadträte dagegen stimmten. Anstelle des ursprünglich vorgesehenen Vollkonservatoriums mit 350–500 Schülern wurde nun ein Musikseminar für Fachmusiker geplant – eine Vorwegnahme der späteren Musikhochschule, allerdings ohne Instrumentalunterricht.

### Das „Musik-Seminar der Stadt Freiburg i. Br.“

1930 war es dann soweit: Vier renommierte Musiker gründeten das „Musik-Seminar der Stadt Freiburg i. Br.“, zunächst auf dem Fundament eines privaten Musikseminars. Drei der Gründer sind uns bereits bekannt: Erich Doflein, Erich Katz und der Konzertorganist Ernst Kaller, neu hinzu kam der Komponist Julius Weismann.<sup>9</sup> Als Geschäftsführer amtierten Weismann und Doflein. Stadtrat Robert Grumbach setzte sich ebenso wie Max Mayer sehr für das neue Musik-Seminar ein und entwarf den Gesellschaftsvertrag, ohne ein Honorar zu nehmen.

Julius Weismann wurde am 26. Dezember 1879 in Freiburg als Sohn des Zoologieprofessors August Weismann geboren. Er spielte ausgezeichnet Klavier und begann schon in frühen Jahren zu komponieren. Bei Josef Rheinberger in München erwarb er sich erste Grundlagen in der Kompositionslehre, die er nach einem Abstecher in Berlin bei Louis Thuille in München ergänzte. Bis 1905 blieb er in der bayerischen Hauptstadt und kehrte dann nach Freiburg zurück. Als Sanitäter leistete er von 1914 an bis zur Freistellung aus gesundheitlichen Gründen 1915 Kriegsdienst jenseits des Rheins. Ein ansehnliches Oeuvre – über 150 Werke – entstand in den Zwanzigerjahren, darunter allein fünf Opern. Der Verlust des Vermögens in der Inflationszeit zwang ihn, Unterricht zu erteilen und Konzerte zu geben. In der nationalsozialistischen Ära er-



Abb. 2 Julius Weismann erhielt 1939 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Freiburg. Aus: Julius Weismann zum 60. Geburtstag 26. Dezember 1939, von JOSEF MÜLLER-BLATTAU (StadtAF, Dwe 3265)

hielt Weismann von Oberbürgermeister Dr. Franz Kerber 1939 das Ehrenbürgerrecht. Sein von Anpassung an das Regime geprägtes Verhalten führte dazu, dass ihm nach 1945 das Ehrenbürgerrecht entzogen wurde. Am 22. Dezember 1950 starb er nach langem Leiden in Singen am Hohentwiel. Er hinterließ ein imponierendes Lebenswerk, das vom Julius-Weismann-Archiv in Duisburg verwahrt wird.<sup>10</sup>

Das Unterrichtsjahr begann am 1. April und war in Trimester von 11–12 Wochen eingeteilt. Zu den vier Hauptlehrern traten als Gastlehrer Frau Kaller und Otfried Nies vom Theater. Im Sommersemester 1930 wurden 40 Fachstudierende, verteilt auf drei Jahrgänge, unterrichtet; an Sonderkursen nahmen 44 Gastschüler teil, 48 Kinder wurden in den Kinderkursen angeleitet.

Am 30. September 1930 erhielt das Musikseminar die Berechtigung, sich „Staatlich anerkannte Musiklehranstalt“ nennen zu dürfen. Der vom Ministerium versprochene Beitrag traf ein und wurde zur Instandsetzung des Gebäudes sowie zum Kauf von Noten, Instrumenten und Schallplatten verwendet. Genauestens wurde über jede Ausgabe Buch geführt, so auch über das 1932 angeschaffte „Neue Chorbuch“, das wegen seiner Texte und seiner „atonalen“ Musik vom Kultusministerium missbilligt wurde. Bereits im Jahr zuvor hatte nach dem „Türmer“ auch „Der Alemanne“ – ein 1931 gegründetes nationalsozialistisches Kampfblatt, dessen Schriftleiter der spätere Kreisleiter und Freiburger Oberbürgermeister Dr. Franz Kerber war, – eine Hetzkampagne gegen das von Erich Katz herausgegebene Chorbuch veranstaltet, da es „an Gemeinheiten seinesgleichen sucht“. Bei dem „Neuen Chorbuch“ handelte es sich jedoch nicht um ein „sittenverderbendes“ Werk, sondern um eine Anthologie mit neuer Chor- und Ensemblesmusik, zum Teil von Katz komponiert, ein Lied hatte Doflein beigetragen. Die anstößige Stelle des Chansons stammte von Erich Kästner, die Melodie dazu von Wolfgang Fortner, der zu dieser Zeit Lehrer am evangelischen kirchenmusikalischen Institut in Heidelberg war. Das Chorbuch sorgte noch monatelang für heftige Kontroversen. Offensichtlich trug die wirtschaftliche Krise zur politischen Radikalisierung bei, sonst wäre es den Nationalsozialisten nicht gelungen, bereits in den Jahren vor dem „Dritten Reich“ so starken Einfluss zu nehmen. Schwierige Zeiten waren es tatsächlich: Im Juni 1932, als die Zahl der Arbeitslosen auf rund 18 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung angestiegen war, musste sich Erich Doflein bei der Eröffnung des neuen Trimesters fast schon entschuldigen, dass überhaupt noch Musiklehrer ausgebildet wurden. Er betonte ausdrücklich, „daß es nicht das Ziel des Instituts sei, die Stadt Freiburg mit zahllosen, sich gegenseitig das Brot wegnehmenden Musiklehrern zu füllen“.<sup>11</sup>

### „Arische“ und „Nichtarische“ Dozenten in den Fängen der Nationalsozialisten

Zunächst ungeschoren blieb das Musikseminar beim Übergang in die neue Ära des Nationalsozialismus. Doch dann machten sich im März erste Auswirkungen bemerkbar. Musik hat ja nicht nur eine kulturelle Seite, sondern auch eine politische. Dies zeigte sich sowohl im „Dritten Reich“ als auch später in der französischen Besatzungszeit. ‚Blendend‘ verstanden es die Nationalsozialisten, die Musik für ihre Zwecke einzusetzen und die Menschen zu manipulieren.

Zu den ersten Amtshandlungen der Nationalsozialisten gehörte der Austausch von nicht genehmen Amtsleitern. So zog statt Oberbürgermeister Dr. Bender, der im April 1933 resignierte und sein Amt aufgab, Kreisleiter Franz Kerber als neuer ‚gewählter‘ Oberbürgermeister ins Rathaus ein. Er hielt auch gleich einiges an der Leitung des Musikseminars für veränderungsbedürftig, ebenso wie der „Alemanne“, der bereits im April 1933 unverbrämt auf die an der Musikschule lehrenden „nichtarischen“ oder sonst unliebsamen Dozenten hinwies, die „ein Musterbeispiel des alten ‚Regiments‘“ darstellten.<sup>12</sup> Doflein war allerdings nicht „getaufter Jude“, wie der Artikel im „Alemannen“ behauptete, lediglich seine Frau Elma, eine geborene Axenfeld, hatte jüdische Vorfahren: eine jüdische Urgroßmutter (!) namens Friedländer.

Deren Schwester Edith Axenfeld – die später bekannte Pianistin Picht-Axenfeld, damals Geigerin am Musikseminar – wurde ebenso diffamiert wie das Ehepaar Kaller, das zwar nicht jüdischer Herkunft war, aber wegen seiner modernen „entarteten“ Musik Anstoß erregte. Hauptleidtragender war jedoch Erich Katz, einmal als Jude, zum anderen wegen der angeblich unsittlichen Texte seines Chorbuches. Seine einflussreiche Stellung als Konzertkritiker der „Freiburger Zeitung“ war dem „Ale-mannen“ ebenfalls ein Dorn im Auge. Weismann wurde schließlich ‚empfohlen‘, Doflein und Katz zu entlassen, wogegen er sich allerdings am 30. März 1933 entschieden verwahrte. Er verteidigte die künstlerische Einstellung seiner beiden Kollegen, die durchaus mit der „nationalen Richtung“ konform gehen würde. Im übrigen könne er eine Entlassung auch nicht aussprechen, da es sich beim Musikseminar um eine private Gesellschaft handle. Oberbürgermeister Bender, der selbst schon unter Beschuss stand, riet zur Vorsicht und empfahl, Doflein zu stützen und damit implizit Katz zu opfern. Immerhin, argumentierte er, habe sich die Familie Axenfeld den Dank der Bevölkerung erworben wegen der Verdienste des Universitätsprofessors und Augenarztes Karl Theodor Paul Axenfeld.

Anders lag der Fall bei Erich Katz. Dieser renommierte Komponist und Musikwissenschaftler stand schon 1931 im Blickfeld nazistischer Hetzkampagnen. Als im April 1933 jüdische Lehrkräfte an Volks- und Fortbildungsschulen entlassen wurden, ‚beurlaubte‘ die Geschäftsführung des Musikseminars auch Erich Katz. Die Stadt bezahlte ihm noch drei Monate lang ein Gehalt in Höhe von 90 RM.

Erich Katz, geboren am 31. Juli 1900 in Posen, war der Sohn des Uhrmachers Albert Katz. Im Frühjahr 1918 legte er in Berlin das Kriegsabitur ab und ging noch an die Front. Nach Kriegsende studierte er Physik und Chemie, dann Musikwissenschaft, außerdem Philosophie, Literatur- und Kunstgeschichte in Berlin und 1920 auch in Freiburg. Seine theoretischen Studien ergänzte er durch ein praktisches Musikstudium. Ab 1923 lebte er ständig in Freiburg und wurde Assistent von Prof. Dr. Gurlitt, bei dem er 1926 promovierte. Im selben Jahr heiratete er die Pianistin Adelheid Soltau, mit der er drei Kinder hatte. Zunächst arbeitete er als Privatmusiklehrer – ab 1928 mit staatlicher Anerkennung – und gründete im Herbst 1926 zusammen mit Doflein und Kaller die Arbeitsgemeinschaft der „Freiburger Kurse für Musiktheorie“. Diese wurden 1929 zu einem Seminar des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer ausgebaut. 1930 firmierte er als einer der Gesellschafter des städtischen Musikseminars. Seine Aktivitäten waren außerordentlich vielfältig: Seit 1923 war er ständiger Musikreferent der liberalen „Freiburger Zeitung“, daneben Berichterstatter auswärtiger Zeitungen, Mitarbeiter bedeutender Fachmusikzeitschriften, Chorleiter an der Volkshochschule Freiburg (1927–1929), schließlich ständiger Dozent der Universität. Seine zahlreichen Kompositionen und Publikationen wie „Die musikalischen Stilbegriffe des 17. Jahrhunderts“ (1926), „Das Neue Chorbuch“ (1931), „Die Kammermusik“ sind im Riemannsches Musiklexikon aufgeführt. Er stand außerdem zahlreichen Gremien vor. Nach seiner Entlassung 1933 brachte er sich als Organist an der Freiburger Synagoge durch. Nach der Pogromnacht 1938 wurde er wie viele andere Juden ins KZ





Abb. 3 Erich Katz, Erich Doflein und Edith Picht-Axenfeld (v. l. n. r.). Der Jude Katz wurde 1933 entlassen, Doflein wehrte sich und verblieb im Amt. Die Pianistin Picht-Axenfeld unterrichtete bis zur Schließung der Musikschule 1944 (Staatliche Musikhochschule Freiburg – Foto Willy Pragher)

nach Dachau verschleppt. Im August 1939 erhielt er endlich die schon 1935 beantragte Emigration nach Großbritannien bewilligt. Aber auch dort wurde er zunächst als „enemyalien“ interniert. Von 1941 bis 1943 arbeitete er als Musiklehrer, danach siedelte er in die USA über. Nach zwei harten Jahren als Notenkopist und Privatmusiklehrer wurde Erich Katz zum Direktor der American Recorder Society in New York ernannt, 1946 zum Kompositionsprofessor am College of Music. 1959 ging er ans City College Santa Barbara in Kalifornien. Im Jahr 1958 versuchte Katz in Deutschland eine Wiedergutmachung zu erreichen, da er als Jude seine Tätigkeit am Musikseminar im April 1933 hatte aufgeben müssen. Die Musikschule war jedoch keine städtische Institution und wurde lediglich freiwillig von der Stadt subventioniert. Erschwerend kam sein damaliger Status als selbständiger Gesellschafter hinzu, so dass ihm keine Wiedergutmachungszahlung gewährt wurde. 1973 verstarb Erich Katz.<sup>13</sup>

Mittels des so harmlos klingenden „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurden nun sukzessive „nichtarische“ Lehrpersonen entfernt. Im Juni 1933 war die Musikschule ‚gesäubert‘. Weismann teilte dies dem Oberbürgermeister schriftlich mit, wobei auf dem Briefkopf der Name von Erich Doflein bereits durchgestrichen war. In Wirklichkeit blieb Doflein jedoch weiterhin Gesellschafter. Weismanns Mitteilung endete noch ohne „Heil Hitler“; später passte er sich den braunen Gepflogenheiten an.

Neue Lehrkräfte wurden engagiert, „politisch durch ihre Zugehörigkeit zur N.S.D.A.P.“ gekennzeichnet. Ein Jahr später, im April 1934, drohte die „Neugestaltung des Freiburger Musiklebens“. Das Musikseminar sollte einem neu zu gründenden „Stadtmusikhaus“ weichen. Aus diesem Grund lehnte der Kapellmeister des Stadttheaters, Franz Konwitschny, die Einführung eines Opernkurses am Musikseminar mit dem Bemerkten ab, dass letzteres ohnehin bald seine Tore schließen würde. Kaller verließ ebenfalls das sinkende Schiff und trat am 1. Oktober 1934 eine Stelle als Leiter der Abteilung für katholische Kirchenmusik an den Volkswangschulen in Essen an. Doflein suchte vergeblich um Genehmigung zur Herausgabe seines „Geigenschulwerks“ nach, das vom „Amt für Kunstpflege“ als „Kulturbolschewismus“ angesehen und daher boykottiert wurde. Kurz darauf, im März 1935, drohte ihm auch noch die Entlassung. Eine unrühmliche Rolle spielte hierbei Konwitschny, der statt des in Ungnade gefallenen Hugo Balzer Generalmusikdirektor geworden und ein „ganzer Nationalsozialist“ war.<sup>14</sup> Als Musikbeauftragter der Stadt vertrat er die Ansicht, dass das städtisch subventionierte Institut nur dann weiterhin finanziell unterstützt werden könne, wenn Doflein nicht mehr dort tätig sei. Warum Konwitschny dann später seine Meinung änderte und nicht mehr gegen dessen Verbleib im Amt protestierte, ließ sich nicht feststellen. Unklar bleibt auch, ob sich Weismann für Doflein einsetzte, dessen „Geigenschulwerk“ und künstlerische Richtung er ablehnte. Andererseits schätzte er „dessen künstlerische und organisatorische Fähigkeiten“. Widersprüchliche Aussagen in einer schwierigen Zeit, in der sich jeder selbst der Nächste war. Weismanns Stuhl war jedenfalls nie in Gefahr; Konwitschny führte sogar dessen Kompositionen neben anderen zeitgenössischen Werken im Freiburger Theater auf.

Doflein gab nicht klein bei; er wehrte sich gegen das Kesseltreiben und benachrichtigte die Reichsmusikkammer, von der er tatsächlich Unterstützung erhielt. Nun begann ein Gerangel um die Zuständigkeit zwischen Kreisleiter Kerber und dem Leiter der Reichsmusikkammer. Kerber sah Doflein als einen „verkleinerten Hindemith, welcher bis zur Machtübernahme in engster Zusammenarbeit mit den Juden einen Musikbolschewismus getrieben hat“. In der Reichsmusikkammer maß man der Angelegenheit Doflein keine so große Bedeutung bei, zumal es dort auch positive Meinungen über ihn gab, und machte schließlich einen Rückzieher. Der anstellenden Behörde wurde das Recht zugebilligt, über Besetzungsfragen allein entscheiden zu dürfen. Doflein blieb hartnäckig und erstaunlich mutig in einer Zeit, in der schon bei Kleinigkeiten KZ-Strafen drohten. Er bedrängte Kerber so vehement, dass dieser die Weiterbeschäftigung Dofleins bis zum Ende des Studienjahres Weismann überließ. Jener wollte nun ebenfalls „keine Bedenken dagegen erheben, zumal die wirtschaftliche Lage Herrn Dr. Dofleins eine solche Lösung dringend erfordert“. Dofleins Existenz war vorläufig gesichert, zumal Konwitschny auch keine Einwendungen erhob.

Erich Doflein, geboren am 7. August 1900 in München als Sohn des Zoologen Franz Doflein, studierte von 1919 bis 1924 Musik- und Kunstwissenschaft sowie Philosophie in Breslau und München. In Freiburg machte er ergänzende Studien in Musiktheorie und Musikwissenschaft bei Gurlitt und Erpf. Vom 1. April 1930 bis 30. Juni 1937 war er Leiter des Musikseminars der Stadt Frei-

burg. Mit Unterbrechung unterrichtete er vom 1. April 1939 bis zum 30. März 1941 als Dozent an der Städtischen Musikschule Freiburg. Als Gegner des NS-Regimes zog er anschließend nach Breslau, musste jedoch von dort fliehen, wie er später angab. Nach längerer Kriegsgefangenschaft in Russland kehrte er 1947 nach Freiburg zurück und unterrichtete an der Staatlichen Hochschule für Musik. Bis zum Eintritt in den Ruhestand 1965 leitete er das Seminar für Privatmusiklehrer. 1953 wurde er stellvertretender Direktor der Hochschule für Musik. Als Kollege von Erich Katz setzte er sich nach der NS-Zeit 1958 für dessen Wiedergutmachung ein. Zusammen mit Fritz Neumeyer erhielt Erich Doflein am 20. November 1969 das Bundesverdienstkreuz. Doflein vertrat eine pluralistische Position in der Musik, sah in der Jugendmusikbewegung ein gemeinschaftsstiftendes Element und befürwortete die neue Musik von Berg, Hindemith, Schönberg und anderen. Die in der NS-Zeit als ‚entartete‘ Musik geltenden Klangfolgen hatten es Doflein angetan. Er war für das Darmstädter Institut für Neue Musik und Musikerziehung tätig, zeitweilig als dessen Vorsitzender. Als Musikpädagoge verfasste er zusammen mit seiner Frau Elma, geb. Axenfeld, ein Geigenschulwerk. Am 29. Oktober 1977 starb Professor Erich Doflein auf einer Vortragsreise.<sup>15</sup>

Im Herbst 1936 wurde erneut die Errichtung einer NS-konformen Musikschule diskutiert, denn die „längst verbrauchte Anstalt“ aus der „Systemzeit“ sollte einer den neuen Zielen gerecht werdenden Anstalt weichen, wie Konwitschny forderte.<sup>16</sup> Die bisherigen Zuschüsse sollten auf die neue Schule übergehen, die erweitert in denselben Räumen am Karlsplatz eingerichtet werden sollte. Als Weismann von der Einstellung der Gelder auf 1. April 1937 erfuhr, wies er auf die schädlichen Folgen für das Image der Stadt hin und erreichte tatsächlich, dass zumindest er bis zur Errichtung der neuen Schule mit der bisherigen Bezahlung von monatlich 200 RM weiterunterrichtet durfte. Konwitschny und Kerber erklärten sich damit einverstanden. Im Lauf dieses Jahres standen die bisherigen Räume des Musikseminars wohl nicht mehr zur Verfügung, denn Weismann unterrichtete seine sechs Schüler in der eigenen Wohnung ebenso wie Doflein, der sogar mehr Schüler hatte als Weismann. Doflein blieb weiterhin in Freiburg tätig und gab von Januar bis März 1940 als Dozent der Städtischen Musikschule Sonderkurse über „Die Musik der Wiener Klassiker“. Im Sommersemester übernahm er noch eine Vortragsreihe über Beethoven, dann verlieren sich zunächst seine Spuren.

Nicht nur Doflein hatte einen schweren Stand bei den Nationalsozialisten. Auch der Musikwissenschaftler und Ordinarius Willibald Gurlitt geriet bald in ihre Fänge, auch wenn er im Musikseminar keine große Rolle spielte. Für Gurlitts Verständnis von Musik bedeutete der Übergang zum Nationalsozialismus keinen Bruch, sah er doch eine enge Verwandtschaft zwischen der deutschen Musikbewegung und der „völkischen“ Bewegung, wie sein Aufsatz „Vom Deutschtum in der Musik“ nahe legt. Seine anfängliche Begeisterung wandelte sich aber bald, nachdem er als „Nichtarier“ eingestuft wurde. 1936 wies Gurlitt seine „arische“ Herkunft nach,<sup>17</sup> als sogenannter jüdisch versippter Gelehrter war er jedoch weiterhin Angriffen ausgesetzt. Seine Frau Gertrud Marianne Therese Tilla, geb. Darmstaedter, entstammte einer –



Abb. 4 Friedrich Metz betrieb zusammen mit Joseph Müller-Blattau die Entlassung Gurlitts (UAF)

zum Protestantismus übergetretenen – jüdischen Familie. Diese Tatsache nützten einige Kollegen zu einem üblen Intrigenspiel aus. Sein buchstäblicher Rauswurf im Jahr 1937 ist nach Ansicht des Freiburger Historikers Bernd Martin wohl eher auf „fachinterne Querelen, Streitigkeiten unter den Kollegen und Auseinandersetzungen mit den Studierenden“ zurückzuführen – letztere boykottierten am 19. Dezember 1935 seinen Unterricht – als auf seine jüdische Ehefrau.<sup>18</sup> Unter Mitwirkung des damaligen nationalsozialistischen Rektors und Geographen Friedrich Metz, Leiter des politisch hoch in Gunst stehenden Alemannischen Instituts, sowie des Musikwissenschaftlers Joseph Müller-Blattau wurde Gurlitts Entfernung von der Universität betrieben.<sup>19</sup> 1937 wurde er aufgrund des revidierten Deutschen Beamtengesetzes § 6 in den Ruhestand entlassen. „Der Fall Gurlitt gehört zu den beschämendsten Kapiteln in der Geschichte der Freiburger Universität während der Zeit des ‚Dritten



Reichs““, meint Bernd Martin. Terror und Machtgier von nationalsozialistisch eingestellten Kollegen hätten seine Entlassung bewirkt.<sup>20</sup> Einer von ihnen, Müller-Blattau, einst Gurlitts Schüler, wurde sein Nachfolger.

Willibald Gurlitt, geboren am 1. März 1889 in Dresden, wurde 1919 Lektor für Musikwissenschaften an der Universität Freiburg. Hauptsächlich seiner Initiative ist die Gründung des Musikwissenschaftlichen Seminars im Jahr 1920 zu verdanken. Im Alter von 25 Jahren zog er in den Krieg. Nach seiner Rückkehr aus französischer Gefangenschaft kam er am 1. Oktober 1919 als Lektor für Musikwissenschaft nach Freiburg. Ein Jahr später wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt. Seit 12. Juli 1929 stand er als Ordinarius dem Musikwissenschaftlichen Institut vor. Während der NS-Zeit, 1934, wurde er Dekan. Als „jüdisch-versippter“ Professor schickte man ihn am 17. Juni 1937 – mit Wirkung vom 30. September 1937 – in den vorläufigen Ruhestand, allerdings nicht mit dem vollen Ruhegehalt wie viele andere Professoren. Nach dem Zusammenbruch nahm ihn Rektor Jansen bereits am 8. Mai 1945 wieder in die Universität auf, interimswise auf den Lehrstuhl von Prof. Zenck, der noch in Kriegsgefangenschaft war. Ein Jahr später wurde er zum planmäßigen ordentlichen Professor ernannt, erhielt jedoch das Ordinariat erst 1951 wieder, als der Lehrstuhl für Musikwissenschaft frei wurde. Nach seiner Wiedereinsetzung unterstützte er tatkräftig die Gründung der Musikhochschule. Als Anhänger der „Vereinigung Abendland e.V.“ setzte er sich zusammen mit Oberbürgermeister Hoffmann, Josef Brandel und anderen für eine Aussöhnung mit Frankreich und für eine europäische Einigung ein. 1953 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Leipzig verliehen. Im Sommersemester 1958 nahm er mit 69 Jahren seinen Abschied. Gurlitt forschte im Bereich der Gregorianik und beschäftigte sich mit der Rekonstruktion früher Orgelbaukunst. Auf seine Initiative geht die Praetorius-Orgel der Aula zurück, die 1944 zerstört wurde. Aufgrund seiner Verdienste beim Aufbau der Hochschule für Musik wurde ihm am 26. Juli 1955 die Würde eines Ehrensensors verliehen. Am 15. Dezember 1963 starb er hochgeehrt in Freiburg.<sup>21</sup>

### Volkslieder und zackige Soldatenlieder in der „Städtischen Musikschule“

Immer wieder wurde die Stadt gedrängt, doch endlich eine „H.J.-Musikschule“ zu gründen, damit die Hitlerjugend durch Veranstaltungen wie Morgenfeiern, Heimabende, Werkfeiern und Offenes Liedersingen zur „Neuformung der musikalischen Lebensgestaltung“ beitragen könne.<sup>22</sup> Oberbürgermeister Kerber verschob jedoch deren Eröffnung immer wieder, da ihm mehr an der Errichtung einer Musikschule in der „Hauptstadt des Alemannengaus“ gelegen war, die sowohl eine Volks-Musikschule mit propagandistischen Aufgaben als auch eine Musikfachhochschule sein sollte. Die bisher vom Musikseminar in der Schlageterstraße 16, vormals Karlsplatz, genutzten Räume seien dafür jedoch nicht geeignet, meinte er. Aber die Zeit drängte. Anlässlich der zweiten Gaukulturwoche im Oktober 1937 kam Kerber nicht umhin, die „Musikschule für Jugend und Volk Freiburg“ zu eröffnen, die dann doch in der



Abb. 5 Einweihung der neuen Orgel der Universitätsaula im Februar 1937. Vier Monate später wurde der Initiator der Orgel, Willibald Gurlitt, seines Amtes enthoben (StadtAF, M 731/22054)

Schlageterstraße ihren Platz fand. Diese Eröffnung wurde in der Öffentlichkeit wenig beachtet. Die Ansprache Alfred Rosenbergs, des Reichsleiters der NSDAP, beanspruchte die ganze Aufmerksamkeit. Nur der „Alemanne“ erwähnte den „restlosen Einsatz für die Ewigkeitswerte der Musik“ durch die neue Musikschule.

Der Zulauf an Schülern war beachtlich, 1938 lagen 500 Anmeldungen zum Gruppenunterricht vor. Eine Hochschule hatte die Stadt damit aber noch nicht. Die Überlegungen gingen weiter, angeregt durch eine Denkschrift von Theo Kellner, dem Leiter der Kreismusikerschaft Freiburg, die allerdings bei der Reichsmusikkammer auf wenig Gegenliebe stieß. Kerber erwiderte heftig, man müsse sich doch endlich darüber klar werden, dass eine städtische Musikschule ihre Schüler doch nur von der Hitlerjugend erhalten würde und dass ohne Zusammenarbeit mit dieser der Aufbau eines Konservatoriums unmöglich sei. Von Universitätsprofessor Dr. Müller-Blattau, der auf Gurlitts Stelle im Musikwissenschaftlichen Seminar saß, erhoffte die Stadt sich nun Hilfe und Unterstützung. Kellners Entwurf wurde vom Leiter der Musikschule für Jugend und Volk, Walter Müllenberg, überarbeitet und sollte im Frühjahr 1938 realisiert werden. Als ehrenamtlicher Leiter oder Kurator – aber mit Aufwandsentschädigung! – war Müller-Blattau vorgesehen, als geschäftsführender Leiter Müllenberg. Beabsichtigt war eine zunächst städtische Schule, vorläufig noch in der „Schlageterstraße“, die jedoch baldmöglichst die staatliche Anerkennung erhalten sollte. Auf dem Papier stand sie schon, die Fachhochschule, realisiert wurde jedoch zunächst eine Notlösung, als der Musikschule für Jugend und Volk am 1. Oktober 1938 „Fachklassen mit Musikseminar“ angegliedert wurden. Zumindest das hatte Kerber erreicht.



Abb. 6 Alfred Rosenberg, Reichsleiter der NSDAP, und Oberbürgermeister Franz Kerber anlässlich der zweiten Gaukulturwoche im Oktober 1937. Rosenbergs Ansprache versammelte Hunderte auf dem Münsterplatz, während die gleichzeitige Eröffnung der Musikschule kaum zur Kenntnis genommen wurde (StadtAF, M 75/1)

Es ist aufschlussreich, wer hier unter anderem unterrichtete: Neben Müller-Blattau – Musikgeschichte und Musiktheorie – war auch Weismann wieder dabei. Er, vor kurzem zum Ehrenkurator ernannt, leitete die Meisterklasse für Komposition und künstlerisches Klavierspiel. Nur etwa eineinhalb Jahre nach dem Niedergang des Musikseminars war wieder eine ähnliche Schule entstanden, jetzt aber unter dem Zeichen des Hakenkreuzes. Die städtische Musikschule blühte und gedieh, allerdings nur die Abteilung für Jugend und Volk. Anfang 1939 konnte sie die stolze Zahl von 623 Schülern vorweisen, ohne die Sonderkurse, während die Fachschule gerade 24 Schüler zählte. Nachdem Müller-Blattau nicht nur die Leitung beider Züge übertragen, sondern er auch zum Musikbeauftragten der Stadt Freiburg ernannt worden war, trat das Projekt in ein neues Stadium. Die Stadt hatte ein adäquates Gebäude gefunden in der Werderstraße 11, das sie am 1. Mai 1939 der Musikschule zur Verfügung stellte.<sup>23</sup> Hier, im ehemaligen Haus Sonneck, das einst den Freiherrn von Gleichenstein gehört hatte, richteten sich die beiden Abteilungen ein. Vor allem die Fach- und Ausbildungsklassen mit Musikseminar, der zweite Zug, bekamen nun Zulauf, da viele Privatmusiklehrer ihre Schüler an die Städtische Schule abgaben. Vergessen war die ‚jüdische Versippung‘ Dofleins, denn er leitete den Kurs zur Vorbereitung auf die Privatmusiklehrerprüfung, den er bisher schon auf privater Basis geführt hatte. „So ist dank der verständnisvollen Förderung durch die Stadt Freiburg

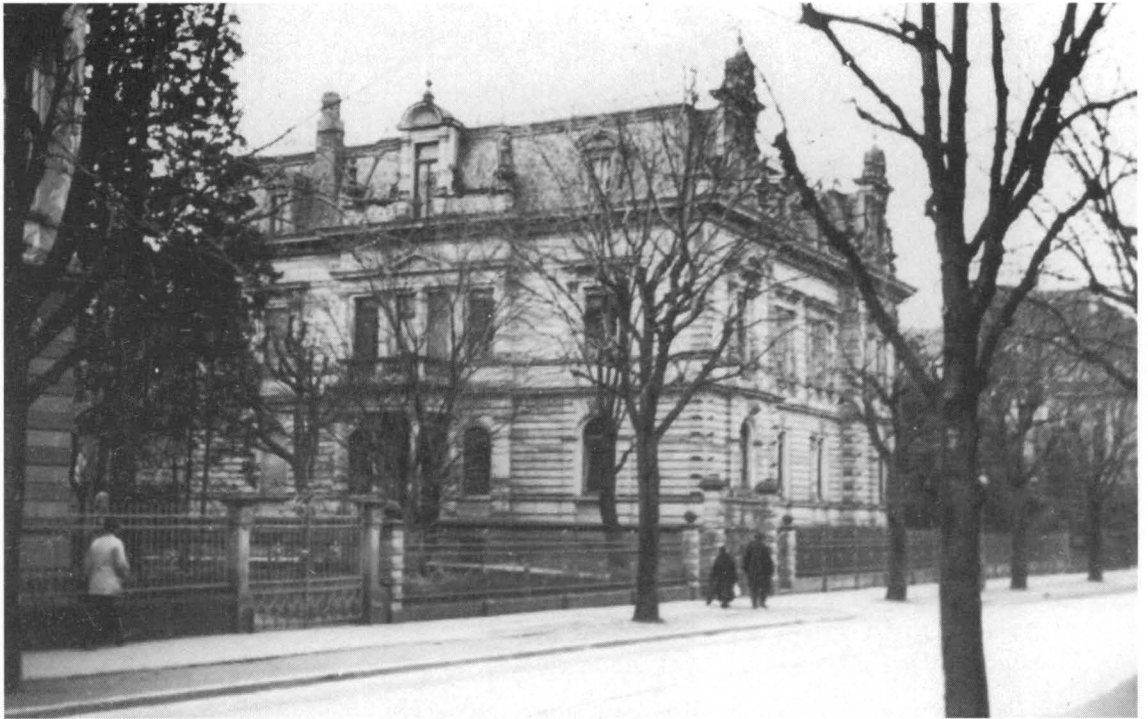


Abb. 7 Am 1. Mai 1939 zog die Städtische Musikschule ins ehemalige Haus Sonneck in der Werderstraße 11, das einst den Freiherrn von Gleichenstein gehörte (StadtAF, M 70 S 202/27)

nun eine Städtische Musikschule vorhanden, die allen musikerzieherischen Bedürfnissen vom einfachsten Volksinstrument bis zur höchsten künstlerischen Ausbildung gerecht wird“, verkündete der „Alemanne“ am 3./4. Juni 1939. Nun fehlte nur noch eines: die staatliche Anerkennung. Die Karlsruher Musikschule hatte sie bereits im Dezember 1938 erhalten. Wenige Wochen später brach der Krieg aus, und vieles änderte sich. Müller-Blattau konnte schon bald die Leitung der Städtischen Musikschule nicht mehr voll versehen, da er seiner Militärpflicht nachzukommen hatte, ebenso wie Müllenberg und weitere Fachlehrer. 1940 waren insgesamt etwa 15 Lehrer an der Musikschule tätig, darunter Erich Doflein, der ohne weitere Angriffe seiner Arbeit nachgehen konnte. Dr. Rothweiler vertrat zunächst Müller-Blattau, bis ein Jahr später doch ein neuer Leiter gesucht werden musste. Müller-Blattau siedelte nach Straßburg über, um dort im „Kernland“, nicht mehr im „Grenzland“, eine neue Musikschule aufzubauen. Nach der Kapitulation Frankreichs war nämlich im August 1940 der Reichsgau Baden-Elsaß gebildet worden mit Straßburg als Sitz. Nur das badische Kultusministerium wurde jedoch nach Straßburg verlegt.<sup>24</sup>

Joseph Müller-Blattau, 1895 in Colmar geboren, kam nach seinem Studium in Straßburg 1919 nach Freiburg, als gerade die Empörung über die Versailler Friedensbedingungen zu Protestversammlungen an der Universität führte. Auf diesem Nährboden konnten sich Müller-Blattaus nordisch-germanischen und später pronazistischen Neigungen entfalten. 1920 promovierte er bei Gurlitt, zwei Jahre später ging er nach Königsberg. Seine Veröffentlichungen weisen schon 1928 nationalsozialistische Töne auf, wenn er sich etwa über „Das Deutsche in



der Musik“ oder über „Das deutsche Volkslied“ auslässt, das auch später in seiner musikwissenschaftlichen Tätigkeit die wichtigste Rolle einnahm. Bereits in den Zwanzigerjahren gehörte er dem völkischen Flügel der Musikbewegung an. Im Mai 1933 trat er in die NSDAP ein, einige Monate später in den NS-Lehrerbund. Mitglied der SA war er ebenfalls.<sup>25</sup> Bis 1934 war er als außerordentlicher Professor in Königsberg, 1935 erhielt er einen Lehrstuhl in Frankfurt, 1937 in Freiburg. Dort fand er ein breites Aktionsfeld, da er außerdem Leiter der 1938 eröffneten Städtischen Musikschule wurde sowie städtischer Musikbeauftragter. Müller-Blattau war zwar von Gurlitts musikwissenschaftlichem Denken geprägt, betonte jedoch – anders als sein Lehrer – das ‚Rassische‘ in der Deutschen Musik und verteufelte alles „Undeutsche“ und „Artfremde“. Bach wie auch Händel stellten für ihn den Inbegriff deutscher Meister dar, „zackige“ Lieder mit „kämpferischem Charakter“ wie das „Horst-Wessel-Lied“ gehörten für ihn zum wichtigsten deutschen Kulturgut. Mit Unterstützung von Müller-Blattau wurde ein Institut für Rundfunkwissenschaft gegründet, das man der Universität anschloss. Es bestand von 1939 bis 1945. Sein opportunistisches Machtstreben stieß selbst in NS-Kreisen auf Widerstand, aber seine makellose ‚braune‘ Gesinnung ließ ihn die Anfeindungen unbeschadet überstehen. 1939 zog er zunächst als Hauptmann, dann als Major ins Feld. 1941 kehrte er zurück, um in Straßburg seine Karriere an der neu eröffneten deutschen Reichsuniversität weiter zu fördern. Selbst nach 1945 gehörte er – wie so viele – zu den Opportunisten, die nahtlos Anschluss und ein neues Betätigungsfeld fanden, zunächst als Musiklehrer. 1952 wurde er Leiter des Saarbrücker Konservatoriums, sechs Jahre später Leiter des musikwissenschaftlichen Seminars an der Universität Saarbrücken. Seiner NS-Gesinnung blieb er weiterhin treu, sein Vokabular veränderte sich nur unwesentlich. Für ihn blieb die Musik ein Erbgut, das nicht „vertan“ werden durfte. 1976 starb Müller-Blattau. Er ist ein Musterbeispiel unaufgearbeiteter Vergangenheit im Bereich der Musikwissenschaft.<sup>26</sup>

Wie entwickelte sich inzwischen die Städtische Musikschule? Die ursprünglich zwei Züge teilten sich nun in vier Bereiche mit unterschiedlichen Schülerzahlen:

Schülerzahlen der Städtischen Musikschule<sup>27</sup>

Bereich	Sommertrimester 1939	Herbsttrimester 1939	Wintertrimester 1939/40	Sommertrimester 1940
I.	623	464	546	600
II.	ca. 100	79	78	90
III.	ca. 300	250	250	250
IV.	2	13	13	15

- I. Bereich: Instrumentalfächer und Gesang in der Musikschule für Jugend und Volk sowie Fachklassen
- II. Bereich: Teilnehmer von Spielkreisen der Musikschule für Jugend und Volk
- III. Bereich: Mitglieder der HJ-Spielschar (HJ=Hitlerjugend)
- IV. Bereich: Musikseminar.



*Abb. 8* Joseph Müller-Blattau. Diese Aufnahme entstand am 6. Juni 1958 auf dem Schauinsland im Hotel Burggraf, wo ein Treffen der Rektoren der Musikhochschulen stattfand, unter ihnen Gustav Scheck (StAF, W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 35376)

Eine kleine Gruppe war es nur, die das Musikseminar besuchte, während sich in der Musikschule für Jugend und Volk ganze Scharen tummelten. Bei Kriegsbeginn war allerdings auch dort ein Einbruch erfolgt. Von großer Kriegsbegeisterung und Hurra-Rufen kann man nicht ausgehen, wenn plötzlich ein Viertel der Jugendlichen fehlte. Die Erschütterung in der Bevölkerung war doch heftiger, als es sich die Nationalsozialisten vorgestellt hatten. Plötzlich war nichts mehr wie zuvor, das Leben wurde unsicher und nicht mehr steuerbar. Dazu trug auch die Schließung der Schulen sowie der Universität in den ersten Kriegsmonaten bei, die bei der Bevölkerung auf großes Unverständnis stieß. Den Ernst der Lage unterstrichen ebenfalls die schon ein paar Tage vor Kriegsbeginn (!) eingeführten Lebensmittelkarten. Darüber konn-

ten auch die Singkurse und der Kindervolkstanzkreis nicht hinwegtäuschen. Bereits im kalten Winter 1940 machte sich die Kohlenknappheit im ehemaligen Palais Gleichenstein in der Werderstraße bemerkbar. Ein Teil des Unterrichts wurde ohnehin weiter in den Privatwohnungen der Lehrer erteilt, da es noch an Schallisolierung fehlte und auch nicht genügend Instrumente zur Verfügung standen. Das schloss allerdings nicht aus, dass man die öffentliche Musikerziehung „einer seit langem notwendigen Reform zu unterziehen“ gedachte. Am 10. Juli 1940 erging vom Ministerium die noch vertraulich zu behandelnde Mitteilung, dass eine „reichseinheitliche Ordnung“ vorgesehen sei, die aber erst nach Kriegsende zum Tragen kommen sollte. Auch vor der Musik machte die Gleichschaltung – oder wie die Nationalsozialisten es ausdrückten, der „nationalsozialistische Totalitätsgedanke“ – nicht Halt. Die Musik war unbedingt der „Willkür privater Einflüsse und gewerblicher Interessen“ zu entziehen. Ihre Aufgabe sei die „musische Durchdringung des Volkslebens“, spiele doch die Musik eine bedeutsame Rolle im nationalsozialistischen Staat. Daher wurde staatliche Aufsicht angestrebt, was den Machthabern zwar nicht in allen Ländern, aber immerhin in Baden gelang. Freiburgs Musikschule galt sogar als muster-gültig und diente anderen Städten als Vorbild! Daher ließ die staatliche Anerkennung nicht lange auf sich warten: Am 19. April 1941 wurde sie der Städtischen Musikschule verliehen, die sich nun „Staatlich anerkannte Musiklehranstalt“ nennen durfte und zur Ausbildung von Musiklehrern berechtigt war. Das bedeutete zunächst aber lediglich, dass die Institution unter der Aufsicht des Reichserziehungsministeriums stand. Nicht alle am Musikseminar Lehrenden werden unter diesen Umständen froh darüber gewesen sein. Das große Reformprogramm sah vor, dass künftig alle Musiklehrer nur nach Ablegen einer staatlichen Prüfung unterrichten dürfen. In der Prüfungsordnung für Musiklehrer wird beispielsweise bei Klavier als Pflichtfach verlangt: „Musikalisch lebendiger und technisch einwandfreier Vortrag von drei Stücken mittlerer Schwierigkeit; Ausführung leichterer Begleitungen aus der Literatur des vom Bewerber gewählten Hauptfaches.“

Die Musikseminare waren dem Ministerium allerdings suspekt: sie seien zu überprüfen, damit die Studierenden nicht „mit totem Wissen“ überfüttert würden. „Gegenüber der früheren Überbetonung des Historischen führt sie [die Studenten] die Ausbildung auf ihre wesentlichen methodisch-praktischen und künstlerischen Aufgaben zurück.“ Was unter „künstlerisch“ zu verstehen war, bestimmte natürlich das Reichserziehungsministerium und die Reichsmusikkammer. Kompositionen von Mendelssohn gehörten jedenfalls nicht dazu.

Die Stadt Freiburg, die allein 1940 einen Zuschuss von 59.200 RM leistete – staatliche Anerkennung bedeutete nicht staatliche Finanzierung! – war mit dem bisher Erreichten noch nicht zufrieden – sie strebte nach Höherem: Eine richtige Musikhochschule wollte sie in ihren Mauern vorweisen können, mit einer Ausbildungsabteilung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen. Im Grunde war aber 1941 schon absehbar, dass ein solcher Aufbau trotz des bereits vorhandenen musikwissenschaftlichen Instituts der Universität nicht mehr realisierbar war, zumal auch dessen bisheriger Leiter Müller-Blattau seit längerem nicht mehr in Freiburg weilte. Durch die Errichtung neuer Musikschulen im Elsass wurden zudem viele Lehrer abgezogen, die wiederum im rechtsrheinischen Gebiet fehlten. Die Antwort des Minis-



teriums für Kultus und Unterricht bezüglich einer Hochschule ließ daher nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: Eine Umwandlung in eine Hochschule für Musik sei „völlig aussichtslos“. Von Berlin kam ebenfalls ein negativer Bescheid. Und da man sich gleichzeitig vergeblich um die Errichtung einer Luftwaffenmusikschule beworben hatte, wog die zweifache Ablehnung doppelt schwer.

Die beengten Räumlichkeiten der Musikschule zwangen inzwischen dazu, einen Neubau ins Auge zu fassen, der eventuell zusammen mit einem „Bannzentralheim“ errichtet werden sollte. Die Reichsjugendführung Berlin beabsichtigte nämlich, „nach dem Krieg“ die Erziehung der Hitler-Jugend in einer einzigen kulturellen Erziehungsstätte zusammenzufassen. Daher wurde Verbindung mit Oberbaudirektor Schlippe aufgenommen, der bald passende Plätze für das Doppelprojekt Musikschule und HJ-Heim vorschlug. Das Areal der Villa Riesler Ecke Tal- und Hildastraße hielt er beispielsweise für geeignet. Es hatte nur den Nachteil, dass es dem erzbischöflichen Bernhardstift gehörte und erst von der Stadt erworben werden müsste ... Aber auch dieses Projekt fiel im April 1942, als die Russlandoffensive in vollem Gange war, unter die Bestimmungen über die Stilllegung aller nicht kriegswichtigen Bau- und Planungsarbeiten. Eigentlich hätte die Stadt zufrieden sein müssen, dass die Musikschule nach dem Weggang von Müller-Blattau überhaupt weiterexistierte. Unter dem neuen Leiter, Dr. Herbert Haag, erhielt sie wieder Auftrieb. Er ließ sich auch durch den abschlägigen Bescheid für ein neues Gebäude nicht abschrecken. Dann müsse eben ein zweites, in der Nähe liegendes Gebäude dazupachtet werden. Schließlich sollten als neue Fachgebiete eine Opernschule, eine Or-



Abb. 9 Die Pianistin Frieda Kwast-Hodapp beim Unterricht im Kuppelsaal der Universität (StadtAF, C4/XI/24/6)



gelklasse und Meisterklassen hinzukommen. Die aus Baden stammende Pianistin Frieda Kwast-Hodapp sollte künftig die Meisterkurse für Klavier leiten. Der Ehrenkurator und Leiter der Kompositions- und Klaviermeisterklasse, Julius Weismann, versprach ebenfalls seine Mitwirkung. Mit der Leitung der Opernschule sollte der Intendant der Städtischen Bühnen, Paul Hieber, beauftragt werden, mit dem Unterricht der Opersänger Adolf Permann. Soviel Neugestaltung war nun wiederum der Reichskulturkammer zu viel. Wieder wusste sich der Direktor der Musikschule zu helfen: Statt einer Opernschule wurde ein bühnenberuflicher Ausbildungszweig im Rahmen des Musikseminars der Städtischen Schule angeschlossen. Nur an der Raumsituation der Musikschule änderte sich nichts.

An der Konzeption der Nationalsozialisten, immer mehr Musikschulen mit immer neuen Zweigen zu errichten, änderte sich ebenfalls nichts. Wie ein Spinnennetz überzogen neue Anstalten die Gaue. Im Frühjahr 1943 wurde das Konservatorium in Kattowitz zur Landesmusikschule erhoben, im März 1944 errichtete man in Schlettstatt eine Musikschule, obwohl wegen Lehrermangels die Lehrer und Lehrerinnen hierfür aus Colmar abgezogen werden mussten. „Unser Volk hat es wieder gelernt, sich singend zu den großen Ereignissen der Zeit zu äussern“, bemerkte dazu der Leiter der Abteilung Musik im Reichsministerium. Es war, als hätte es die Niederlage von Stalingrad nicht gegeben.

In Freiburg war man unzufrieden und fühlte sich benachteiligt – Straßburg und Mannheim besaßen sogar Schulmusikanstalten. Hier wollte man nicht zurückstehen und da – streng vertraulich! – Ende April mit einer Schließung der Hochschule in Karlsruhe im Zuge der Stilllegungsaktion gerechnet wurde (sie wurde aber dann doch nicht geschlossen), schien Freiburg gute Chancen zu haben. Selbst einen Leiter für die neue Abteilung hatte man bereits in Aussicht: Professor Dr. Zenck, seit 1943 Ordinarius für Musikwissenschaft und Leiter des Musikwissenschaftlichen Instituts der Universität. Dem Wunschtraum, dass in Freiburg einmal eine Staatliche Hochschule entstehen könnte, wäre man mit einer Landesmusikschule unter Führung der Stadt und mit staatlichem Zuschuss bereits näher gerückt. Am 11. November 1943 erhielt Freiburg schließlich die Berechtigung zur Ausbildung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen, kurz darauf die Berechtigung zur Ausbildung von Privatmusiklehrern. Hatte die Städtische Musikschule nun ihr Ziel erreicht? Auf dem Papier schon, nur gab es wegen des „totalen Kriegs“ kaum noch Lehrkräfte. Doflein ging bereits am 2. April 1941, Müllenberg verließ Freiburg im April 1943, um in Straßburg beim Aufbau einer Musikschule zu helfen.

Offenbar wollte man mit der Neuordnung des Musikschul- und Musikerziehungswesens nun doch nicht bis nach dem ‚Endsieg‘ warten. Im Sommer 1943 standen neue Fächer wie „Rhythmische Erziehung“ auf dem Lehrplan. Auch eine Orchesterschule war noch am 8. Mai 1944 ins Leben gerufen worden. In Freiburg veränderte sich das Lehrerkollegium, statt wie bisher Männer unterrichteten nun Frauen und zwar in deren eigener Wohnung. Reich wurden sie dadurch nicht, denn das Honorar betrug je nach Instrument und Klasse 8–20 Mark im Monat, abzüglich 10 Prozent, die die Musikschule für bedürftige Schüler einbehält. Trotz Lehrermangels wurden immer wieder neue Fächer eingerichtet wie die Meisterklasse für Orgelspiel. Edith Picht-Axenfeld gehörte ebenfalls zu den Unterrichtenden, von einer „jüdi-

schen Versippung“ war nicht mehr die Rede. Die Frauen wurden jetzt dringend gebraucht, nicht nur in der Rüstungsindustrie. Die Musik genoss aber immer noch eine solche Vorzugsstellung, dass musisch besonders begabte Schüler „vom Zugriff der Arbeitsämter“, d. h. vom Arbeitseinsatz, befreit bleiben sollten. Inzwischen zählte die Städtische Musikschule das Doppelte an Schülern wie vor dem Krieg: rund 1.200! Nach diesem Zenit brach dann das musikalische Leben zusammen. Im Zuge des „totalen Kriegseinsatzes“ schlossen Ende August 1944 die Musikschulen. Der Privatunterricht ging noch weiter, allerdings sehr zum Missfallen des Leiters der Städtischen Musikschule. Er befürchtete, dass man nach der Wiedereröffnung der Schulen mit dem Aufbau einer Schülerschaft – die jetzt von den Privatlehrern abgezogen wurde – von vorne beginnen müsse. Daher sollte man doch die nicht-einsatzpflichtigen Lehrkräfte beispielsweise zur Heimarbeit animieren. Der Oberbürgermeister reagierte schnell und veranlasste die zuständige Stelle, privaten Musikunterricht künftig zu untersagen. Das war im September 1944. Zwei Monate später, am 27. November 1944, zerstörten Bomben das Musikwissenschaftliche Seminar und die Praetorius-Orgel.<sup>28</sup> Das Musikleben der Stadt verlor an Bedeutung, in der Städtischen Musikschule wurden keine zackigen Soldatenlieder mehr gesungen.

### Von der „Ecole Supérieure de Musique“ zur „Staatlichen Hochschule für Musik“

Am Abend des 21. April 1945 rückte die französische Besatzungsmacht in eine Stadt voller Trümmer ein. Von der Universität standen etwa noch 20 Prozent der Gebäude, das Musikwissenschaftliche Seminar war völlig zerstört. Trotz der außerordentlich schwierigen Wohn- und Lebensverhältnisse unter der französischen Militärmacht regte sich bald das Interesse an der Musik wieder. Bereits am 23. Juli 1945, kurz nach der Übersiedlung der Militärregierung nach Freiburg, setzte sich Gurlitt für die Gründung einer Städtischen Musikschule ein – allerdings ohne Erfolg.<sup>29</sup> Zur selben Zeit überreichte Landrat Bröse von der Handels- und Gewerbekammer der Stadt ein Exposé, in dem er die Gründung einer „Singeschule“ befürwortete, selbstredend ohne nationalsozialistischen Einschlag, nur „um das unendlich reiche musikalische Erbe, besonders auch das Volkslied“ wieder zu stärken. Der Vorschlag fand sogar Gefallen und sollte durchdacht werden.

Am 25. Oktober ließ Stadtoberrechtsrat Brandel Erkundigungen über den Aufbau einer Musikschule, nicht aber einer „Singeschule“, einziehen. Mit dieser Aufgabe sollte Gurlitt betraut werden, der am 8. Mai – einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation – wieder in sein Amt eingesetzt worden war, mit vollem Einverständnis der französischen Militärregierung. Mit sichtlicher Genugtuung setzte er erstmals nach acht Jahren wieder „o. Prof. der Universität“ unter seinen Namen. Wältermann, der in der NS-Zeit die Musikschule verwaltet hatte und später nach Straßburg ging, sollte ihm zur Seite stehen. Die Nationalsozialisten waren ja nicht verschwunden, sondern lediglich untergetaucht. Wältermann hatte auch schon eine Stelle an der Freiburger Konzertzentrale gefunden. Die französische Militärregierung reagierte positiv, und Wältermann unterbreitete bald Vorschläge. Sinnigerweise legte er einen Prospekt von 1941 bei mit dem Bemerkten, man könne alle dort ange-

führten Unterrichtszweige und -formen übernehmen, die äußere Organisation dagegen von der zwischen 1938-1944 geplanten Musikschule ... Auch für diese Institution gilt, dass sich die in zweiter Reihe stehenden Funktionäre der NS-Zeit offenbar problemlos in die neue Zeit hinüberretteten. Nicht dagegen Müller-Blattau: Er war von der französischen Besatzungsmacht interniert worden, da er nach Gurlitts Aussage „den politischen Machenschaften, dem Ungeist und Aberwitz des Hitler-Regimes verfallen war“.

Mit großer Energie betrieb Gurlitt die Wiedereröffnung einer Musikschule – nicht einer Musikhochschule – und erhielt auch tatsächlich schon am 18. September 1945 von General Jacques Schwartz die Genehmigung hierzu, allerdings nicht mehr in der Werderstraße. In diesem Gebäude saßen inzwischen französische Verwaltungsstellen. Zunächst musste also ein Haus gefunden werden, in dem – nach Gurlitts Vorstellungen – eine Musikschule sich drei Bereichen widmen sollte: 1. der musikalischen Heranbildung der musikbegabten Jugend, 2. der Fortbildung der Musikliebhaber aus der Bevölkerung und aus den Studierenden der Universität, 3. der Ausbildung von Fachmusiklehrern und Berufsmusikern. Diese Konzeption zeigt eine auffallende Nähe zur einstigen NS-Musikschule – restaurative Vorstellungen selbst bei diesem in der NS-Zeit verfolgten Mann.<sup>30</sup>

Aber es kam alles ganz anders, nachdem am 7. Februar 1946 weitere Musiker der Stadt ihre Vorstellungen dargelegt hatten. Dr. Hugo Rothweiler und der Violinist Adalbert Nauber setzten sich nämlich für die Gründung einer Musikhochschule ein, nicht einer Musikschule. Ihnen schwebte eine „Spitzenschule“ vor, wenn auch vorläufig erst im Kleinstformat mit zwei Klassen. In einer angeschlossenen Allgemeinen Abteilung sollten außerdem allen Musikinteressierten Musikgeschichte, Harmonielehre usw. näher gebracht werden. Für dieses Modell käme als Leiter der bekannte Flötist Prof. Gustav Scheck in Frage, der sich zurzeit mit der Errichtung einer Musikhochschule in Meersburg beschäftigte, berichteten sie. Scheck – ebenfalls ein Schüler Gurlitts wie Müller-Blattau, aber mit völlig anderem politischen Hintergrund – hatte schon vor einiger Zeit dem Chef des französischen Oberkommandos in Deutschland, General Koenig, seine Denkschrift unterbreitet. Sein Vorschlag, in der ehemals „Nationalsozialistischen Erziehungsanstalt“ (Napola) im Meersburger Schloss eine Musikhochschule zu gründen, wurde zwar von Koenig positiv aufgenommen, scheiterte jedoch an der Finanzierung.<sup>31</sup> Schecks Modell fand bei der Stadt großen Zuspruch, vor allem bei dem seit November 1945 amtierenden Oberbürgermeister Dr. Hoffmann. Aber auch hier scheiterten die Verhandlungen zunächst wegen der hohen Kosten. Zu diesem Zeitpunkt bestand kein Konservatorium und auch die Städtische Musikschule hatte „ihren Betrieb noch nicht wieder aufgenommen“.<sup>32</sup> Aus finanziellen Gründen sollte Scheck sein Modell abspecken, was er jedoch vehement ablehnte.

Eine neue Situation hatte sich im Juli 1945 ergeben, als die Stadt Karlsruhe dem amerikanischen Sektor angegliedert wurde. Nun war Freiburg Landeshauptstadt (Süd)Badens. Im ganzen Land gab es jedoch keine Musikhochschule. So erhoffte sich Freiburg, dass die Karlsruher Musikhochschule „in irgendeiner Form in Freiburg“ wiedererrichtet werden könnte. Das wäre dann allerdings Aufgabe der badischen Landeskulturverwaltung gewesen, nicht der Stadt. Gurlitt, der offenbar über



Leo Wohleb, den provisorischen Präsidenten (Süd)Badens, die Denkschrift Schecks erhalten hatte, einigte sich schließlich mit Scheck über die Konzeption einer künftigen Musikhochschule. Die Stadt war ebenfalls mit dem Projekt einverstanden und verpflichtete Scheck als Direktor der neuen Hochschule.<sup>33</sup>

Am 8. März 1946 verzichtete Scheck endgültig auf seine Meersburger Pläne zugunsten einer Hochschule in Freiburg.<sup>34</sup> Die Stadt erklärte sich zur Übernahme des „Fehlbetrags“ bei den Kosten bereit, in der Hoffnung, das Land (Süd)Baden würde sich an den Unkosten – sie wurden auf 80.000 RM pro Jahr geschätzt – beteiligen. Schließlich „beabsichtigte die Hochschule für Musik in Freiburg i. Br., sich höchstes Format zu geben“. Die Stadt wollte das Wenzingerhaus und einen Teil des Kaufhauses in der Schusterstr. 19 für die Musikhochschule zur Verfügung stellen. Mit dem Plazet des Ministeriums für Kultus und Unterricht konnte man rechnen, da der provisorisch eingesetzte Staatspräsident Wohleb der Errichtung einer Musikhochschule positiv gegenüberstand. Er stellte der Stadt sogar einen finanziellen Beitrag von Seiten des Landes in Aussicht. Von französischer Seite würde es ebenfalls keine Probleme geben, da die Besatzungsmacht in allen zur Kulturpolitik zählenden Bereichen wie der Musik ein Mittel zur Umerziehung und Demokratisierung der durch die NS-Zeit geistig verkümmerten Deutschen sah. Neben Volkshochschulen, Theatergruppen und Ausstellungen wurde daher auch die Musik gefördert. Aggressionen sollten dadurch abgebaut werden, was wiederum dem Sicherheitsbedürfnis der Franzosen entgegenkam. Außerdem – wo konnte man leichter all die Not und den Hunger vergessen als in der Welt der Illusion, im Kino, Theater oder Konzert?

Eine wohlüberlegte Konzeption steckte hinter dem französischen Kulturprogramm, mit dem man vor allem die Jugend zu gewinnen suchte. Sie hoffte man am leichtesten beeinflussen und umerziehen zu können. Aus diesen Gründen wurden von französischer Seite die Bemühungen um die Gründung einer Musikschule weitgehend gefördert. Als diese Institution längst bestand und sehr unter Raummangel litt, räumte die Militärmacht sogar einige Wohnungen, um zusätzliche Unterrichtsräume zu beschaffen. Gouverneur Pène ließ das Gasthaus „Laubfrosch“ räumen und stellte das Hotel dem Lehrpersonal der Musikhochschule zur Verfügung.<sup>35</sup>

Wohleb „begrüßte“ zwar die Gründung einer Musikhochschule, die Genehmigung des Ministeriums für Kultus und Unterricht sollte jedoch erst nach der Bewilligung durch die Militärmacht zugestellt werden. Am 3. Mai 1946 erteilte der für die Stadt Freiburg zuständige Lieutenant-Colonel Monteux die „autorisation provisoire“ (vorläufige Genehmigung) zur Eröffnung einer Musikschule. Allerdings unter einer Bedingung: Zuvor wollte er die Fragebogen zur Entnazifizierung der Lehrer sehen ... Einige Tage später, am Montag, den 5. Mai 1946, nahm die Musikhochschule ihren Unterricht im „Haus zum schönen Eck“ auf.<sup>36</sup>

Wir können uns heute nicht mehr vorstellen, was ein solches Projekt Anfang 1946 bedeutete. Längst war die Euphorie verflogen, dass mit dem Einmarsch der Franzosen bessere Zeiten anbrechen würden. Es fehlte einfach an allem Lebensnotwendigen, die Ernährungsversorgung war auf ein Minimum gesunken und sollte noch weiter sinken, die Wohnungsnot in der zerbombten Stadt war unbeschreiblich, zumal der ganze Stab der französischen Militärregierung hier untergebracht war, dazu noch seit Sommer 1945 die badische Landesregierung. Wo wollte man da noch Wohnraum für





Abb. 10 Im Mai 1946 nahm die Musikhochschule ihren Lehrbetrieb im Haus „Zum schönen Eck“, Münsterplatz 30, auf. Der Freiburger Maler und Bildhauer Johann Christian Wentzinger hatte es 1761 als Wohnhaus erbaut (StadtAF, M 72 C 154)

die Dozenten und Studenten finden? Und trotz dieser Bedingungen und der Finanznot dachte man an die Errichtung einer Musikhochschule in dem zwar sehr attraktiven Palais „Zum Schönen Eck“, das jedoch keine Heizung besaß. Ganz entscheidend hat neben Gustav Scheck der Musikliebhaber, Pianist und Oberbürgermeister Wolfgang Hoffmann zur Realisierung beigetragen. Selbst wenn er nicht an den die Musikhochschule betreffenden Besprechungen teilnehmen konnte, prüfte er minutiös alle diesbezüglichen Vorschläge, befürwortete sie oder lehnte sie ab. Er war beispielsweise absolut gegen die vom früheren Ministerialrat Dr. Asal vorgeschlagene Einrichtung eines „Unterbaus der Hochschule, die gewöhnliche Musikschule“. Zweifellos sah er darin eine Anknüpfung an die „Musikschule für Jugend und Volk“ aus der NS-Zeit, hatte doch Asal damals am Ministerium für Kultus und Unterricht eine einflussreiche Stelle bekleidet. Voller Bewunderung erfahren wir, welche Künstler der Flötist Scheck als Dozenten für die geplanten 200 Studierenden nach Freiburg brachte. Es waren Musiker, die einer Metropole wie Berlin würdig waren und die nun Schecks Ruf in die Stadt am südlichen Zipfel Deutschlands folgten. Scheck hatte schon für das Meersburger Projekt Kontakt mit einigen aufgenommen. Er nutzte die Gunst der Stunde, als die großen Städte völlig zerbombt waren und berühmte Musiker nach einer neuen Heimat und einem geeigneten Arbeitsplatz

suchten. Einige von ihnen seien genannt: Edith Picht-Axenfeld (Klavier) und Erich Doflein (Musiktheorie), ihr Schwager, beide schon in Freiburg ansässig; für Klavier konnte außerdem Carl Seemann gewonnen werden, für Cembalo und Clavichord Fritz Neumeyer, für Viola Emil Seiler, für Violoncello Atis Teichmanis, für Orgel Dr. Carl Winter und Walter Kraft, für Violine Ulrich Grehling. Außerdem Harald Genzmer (Komposition), Konrad Lechner (Musiktheorie, Chorleitung und Gambe), Carl Ueter (Dirigieren, Partiturspiel und Kontrapunkt), Dr. Reinhold Hammerstein (Musikgeschichte, Formen- und Instrumentenkunde), Margarete von Winterfeld und Fritz Harlan (Gesang).<sup>37</sup> Aus den im April 1946 geplanten vierzehn Lehrkräften für die Meisterklassen wurden schließlich sechzehn, da auf Ersuchen des Erzbischofs Conrad Gröber neben der evangelischen Kirchenmusik Ende 1947 noch eine Abteilung für katholische Kirchenmusik angegliedert werden sollte.

Noch nicht geklärt war die Frage, welche rechtliche Konstruktion die Musikhochschule bekommen sollte, ob rein städtische Hochschule mit Zuschüssen, ob staatliche Anstalt oder gar eine gemischte Anstalt, bei welcher Stadt und Staat die Träger wären. Eine rein staatliche Musikhochschule wollten Scheck, Gurlitt und Brandel keinesfalls, sie „scheidet für Freiburg aus“. Oberbürgermeister Hoffmann präferierte eine städtische Hochschule – und das wurde sie zunächst –, wobei er hoffte, dass von den im Haushaltsplan für 1946 ausgewiesenen 121.000 RM Defizit



Abb. 11 Die Professoren Scheck, Gurlitt und Genzmer (v. l. n. r.) 1948. In diesem Jahr, am 1. April 1948, wurde die Musikhochschule vom Land Baden übernommen (Staatliche Musikhochschule Freiburg)

das Land einen Zuschuss von 50.000 RM leisten würde. Das Land profitiere schließlich von der Ausbildung künftiger Schulmusik- und Privatmusiklehrer. Es gab dann doch nur 20.000 RM Zuschuss vom Land, aber immerhin doppelt so viel, wie ursprünglich vorgesehen war. Gurlitt und Scheck wären auch einer gemischten Anstalt mit Stadt und Staat als Trägern nicht abgeneigt gewesen. Vorausschauend und außerordentlich geschickt hatte man im selben Jahr schon beschlossen, Vertreter des Finanz- und Kultusministeriums, der Stadt sowie der Universität in das Kuratorium der Hochschule aufzunehmen. Ein Jahr später erklärte Staatspräsident Wohleb, sich an den Unkosten für die Hochschule beteiligen zu wollen und kündigte an, dass der persönliche Aufwand – die Gehälter – vom Staat getragen würde. Freiburgs Haushalt war mit so hohen Ausgaben einfach überfordert; ursprünglich rechnete die Stadt nur mit 80.000 RM Zuschuss. Gustav Scheck, der seit längerem die Übernahme der Hochschule durch das Land betrieb, setzte sich schließlich durch. Schon um die hervorragenden Musikprofessoren halten zu können, die man mit lukrativeren Angeboten weglocken wollte, mussten die Gehälter angehoben werden. Der Personalaufwand bei sechzehn Professuren machte immerhin jährlich rund 243.000 RM aus, eine Summe, die Wohleb nun übernahm. Vermutlich hat hierbei sein Wunsch, ein potentes „Alt-Baden“ entstehen zu lassen, eine Rolle gespielt.

Was die Hochschule für Musik inzwischen geleistet hatte, konnte sich auch sehen lassen: Im Sommersemester 1947 machten 177 Vollstudierende und 13 Einzelstundenehmer ihre Ausbildung in Freiburg. Dazu kamen noch 10 Gasthörer. Von den 200 Personen kamen 116 aus Baden, 76 aus anderen Ländern, 8 aus dem Ausland. Diese florierende Musikhochschule wurde rückwirkend vom 1. April 1948 an vom Land Baden übernommen.

## Die Übernahme der Städtischen Hochschule durch den badischen Staat

In einem festlichen Akt im Kaufhaussaal wurde die städtische Hochschule am 21. Januar 1949 dem badischen Staat übergeben, musikalisch umrahmt mit klassischen Werken von Jacob Obrecht (1430), Johann Sebastian Bach (1685) und Ludwig van Beethoven (1770). Alles, was Rang und Namen hatte, war vertreten: mehrere französische Besatzungsoffiziere, die Universität, das Erzbischöfliche Ordinariat und das badische Ministerium einschließlich des Staatspräsidenten Wohleb. Nur wenige fehlten, darunter Prof. Gurlitt, der sich als Gastprofessor in Bern befand.<sup>38</sup> Die Badische Zeitung äußerte sich voller Achtung vor dem Initiator und Direktor Gustav Scheck, der einen neuzeitlichen Typ einer musikalischen Berufsausbildungsstätte geschaffen und dabei den überalterten Akademismus abgestreift habe.<sup>39</sup>

Die zwischen dem Land und der Stadt getroffene Vereinbarung beinhaltete nur eine teilweise Verstaatlichung; erst 1963 ging die Musikhochschule „in die Hände des Staates allein“ über.<sup>40</sup> Der Vertrag von 1948 hat außerdem einen Haken: Er wurde nicht unterzeichnet, zumindest nicht zur Zeit der Übergabe. Schwebte nun deshalb die „staatliche“ Hochschule im luftleeren Raum? Offiziell war sie dem Land übergeben worden, und das Land übernahm auch seinen Part des Vertrags und kam für die Gehälter der Dozenten auf, die Stadt für den Sachaufwand und das Dienstpersonal. Der Aufwand bewegte sich von insgesamt 259.858,79 DM (1948) bis

312.483,07 DM (1951) in einem allmählich steigenden Rahmen, dem ebenfalls steigende Einnahmen in Höhe von 72.967 DM (1948) bis 93.627 DM (1951) gegenüberstanden. Aus welchen Gründen es vier Jahre lang nicht zu einer Unterzeichnung der Vereinbarung kam, ließ sich nicht feststellen. Im Januar 1952 monierte die Stadt, dass das Ministerium für Kultus und Unterricht den Entwurf der Vereinbarung immer noch nicht zurückgeschickt habe. Die Unterzeichnung wurde schließlich in letzter Minute vorgenommen, kurz bevor es den (süd)badischen Staat nicht mehr gab: Am 9. März 1952 trat die erste Verfassungsgebende Versammlung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg zusammen, am 31. März 1952 wurde der Vertrag vom Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts unterschrieben, Ende Mai 1952 trat die badische Regierung zurück – Freiburg war nicht mehr Landeshauptstadt.

Aus der Vereinbarung zwischen dem Land (Süd)Baden und der Stadt Freiburg „§ 1 Die von der Stadt Freiburg im Jahre 1946 errichtete Hochschule für Musik wird mit Wirkung vom 1. April 1948 vom Lande Baden als staatliche Anstalt übernommen und führt von da an die Bezeichnung „Staatliche Hochschule für Musik in Freiburg i. Br. ...“.

§ 2 Von den durch die Unterhaltung der Schule entstehenden Kosten geht der persönliche Aufwand für das Lehrpersonal vom 1. Februar 1949 an ausschließlich zu Lasten des Landes, während die Stadt den persönlichen Aufwand für das Verwaltungspersonal und den sachlichen Aufwand (einschließlich der Bereitstellung der Unterrichtsräume) zu tragen hat.

§ 3 Die Einnahmen – Studien-, Prüfungs- und Schreibgebühren sowie die Einnahmen aus Konzertveranstaltungen, letztere nach Abzug der dafür entstehenden Sonderausgaben – werden zwischen dem Land und der Stadt im Verhältnis der auf das Land und die Stadt entfallenden Ausgaben (§ 2) verteilt.

§ 4 Die Studien-, Prüfungs- und Schreibgebühren sowie die Einnahmen aus Konzertveranstaltungen werden von der Stadt vereinnahmt und der auf das Land entfallende Anteil mit 75 v. H. monatlich an die Landeshauptkasse abgeliefert ...“<sup>41</sup>

Am Rande sei noch erwähnt, dass sich 1951 Dr. Herbert Haag erneut um die Wiedererrichtung einer städtischen Musikschule bemühte. Er brachte seine Erfahrungen aus der NS-Zeit ein – 1942 war er Leiter der NS-Musikschule gewesen – und das fast unveränderte Programm von damals. Haags Vorschläge wurden als „politisch“ nicht diskutierbar abgelehnt.<sup>42</sup> Seine Karriere war dadurch aber keineswegs beendet, denn 1960 wurde er als Lehrkraft für evangelische Kirchenmusik an die Hochschule berufen.<sup>43</sup> Zwei Jahre später, am 4. Juni 1962, verlieh ihm die Hochschule auf Antrag von Scheck die Amtsbezeichnung „Professor“.<sup>44</sup>

### Baden-Württemberg profitiert vom wachsenden Renommee

Es war eine turbulente Zeit, in der die Musikhochschule verstaatlicht wurde, eigentlich erst teilverstaatlicht, da Freiburg weiterhin Träger blieb. Mitten in die Währungsreform und ihre zunächst negativ empfundenen Auswirkungen fiel die



Umwandlung, wie Scheck am 29. Juni 1948 sorgenvoll bemerkte: „Sie [die Währungsreform] ist über uns hereingebrochen, ehe noch der Landtag zur Abstimmung über Budgetfragen gekommen ist. Ich sehe nun mit grosser Sorge der Zukunft unserer Hochschule entgegen, die mehr als je in ganz Deutschland und darüber hinaus in bestem Rufe steht.“<sup>45</sup> Die „Zeit der schönen Not“ war vorbei, die finanziellen Probleme überrollten die Gemeinden, für Kulturausgaben herrschte „eine schlechte politische Atmosphäre“, wie Oberbürgermeister Hoffmann Scheck mitteilte. Daher waren Ende 1949 die von Scheck so sehr gewünschte zweite Orgel und der entsprechende Raum dazu einfach nicht realisierbar. „Alles schreit nach Wohnungsbau und meint, daß die für die Kultur vorgesehenen Ausgaben eingespart und dem Wohnungsbau zugeführt werden sollten,“ klagte er. Weitere Schwierigkeiten kündigten sich an, als nach Gründung der Bundesrepublik das Gerücht ging, man wolle die Freiburger Musikhochschule nach Karlsruhe verlegen. In Freiburg war man empört, aber zum Glück löste sich dieses Gerücht in Luft auf.

Ein anderes Problem harrte noch der Lösung: die Frage des Titels der Hauptlehrkräfte. Bei der (städtischen) Gründung der Hochschule war ihnen der Titel „Professor“ versprochen worden. Seit der Verstaatlichung bereitete jedoch das Kultusministerium Schwierigkeiten mit der Verleihung, so dass bisher nur Scheck und Doflein dieser Titel zugesprochen worden war. Diese Vereinbarung beruhte auf einer angeblich mündlichen Absprache zwischen Wohleb und Scheck, bei welcher der Staatspräsident „die Beamtung aller zu Professoren ernannten Mitglieder des Lehrkörpers“ zugesagt hatte.<sup>46</sup> Tatsächlich war aber diese Zusage Wohlebs am 9. April 1946 schriftlich festgehalten worden: „Wir sind bereit, im einzelnen Fall für besonders hervorragende Lehrer die Amtsbezeichnung „Professor“ bei der Landesverwaltung zu beantragen für die Dauer der Zugehörigkeit dieser Lehrer zur genannten Hochschule.“ Damit konnte dieses Problem zufriedenstellend gelöst werden. Am 29. Dezember erhielten mit Einwilligung des Staatspräsidenten künftig alle Hauptlehrkräfte der Hochschule für Musik den Professorentitel.<sup>47</sup> In der Regel schlug die Hochschule die betreffenden Personen vor, wobei berufliche Qualifikation wie auch Erfolg eine Rolle spielten.

Gustav Scheck, geboren am 22. Oktober 1901 in München, studierte in Freiburg bei Röhler Flöte, bei Gurlitt Musikwissenschaft, bei Müller-Blattau und Erpf Musiktheorie. 1924 trat er in das Städtische Orchester Freiburg ein. Weitere Stationen seiner beruflichen Laufbahn führten ihn nach Düsseldorf, Kiel, Bremen und Königsberg. 1929 wurde er als Soloflötist an die Staatsoper in Hamburg berufen, der er bis 1934 angehörte. Dort gründete er den „Kammermusikreis Scheck-Wenzinger“, der durch die Verwendung von Originalinstrumenten bahnbrechend wurde für die Interpretation alter Musik. Von Hamburg führte ihn sein Weg an die Musikhochschule in Berlin, wo er bis 1945 lehrte. Seine Forschungen zur Interpretation Alter Musik führten zu zahlreichen Veröffentlichungen.

Mit seiner zweiten Frau, der Bühnenbildnerin und Malerin Inge Traute geborene Müller, floh er vor Kriegsende an den Bodensee, als man ihn noch zum Volkssturm einberufen wollte. Als persona grata von der französischen Militär-

macht unterstützt, begann er schon im Herbst mit Konzertreisen, die ihn von Freiburg bis nach Bremen und Hamburg führten. Am 1. Mai 1946 wurde er in Freiburg zum Direktor der zu gründenden Musikhochschule berufen. Schon in der NS-Zeit hatte die Stadt versucht, ihn nach dem Tod von Julius Weismann für die Leitung des Städtischen Musikinstituts zu gewinnen, aber die Verhandlungen scheiterten. In ganz kurzer Zeit baute er in der zerstörten Stadt Freiburg die neue Hochschule für Musik zu einem Institut aus, das bald weltweites Renommee genoss. Einen Höhepunkt seiner künstlerischen Laufbahn stellte für ihn wohl der Besuch Paul Hindemiths in Freiburg am 11. Oktober 1948 dar, zumal Scheck auch ein Verfechter zeitgenössischer Musik war. Daher holte er auch Komponisten wie Harald Genzmer (1946) und Wolfgang Fortner (1957) an die Hochschule. 1950 erhielt er von der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg den Titel eines Dr. h. c. Der Hochschule stand er bis zum 1. April 1964 als Direktor vor und setzte danach bis 1967 seine Unterrichtstätigkeit fort. Für seine Verdienste wurde er am 20. April desselben Jahres zum Ehrensenator der Hochschule ernannt, am 19. Juli 1965 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz. Gustav Scheck starb am 19. April 1984 in Freiburg.<sup>48</sup>

Vielfältige Studienmöglichkeiten bot die Hochschule für Musik 1955 in ihren Abteilungen Komposition, Tonsatz und Musikgeschichte, Dirigieren, Katholische Kirchenmusik, Evangelische Kirchenmusik, Gesang und Operschule, Tasteninstrumente (Klavier, Orgel, Cembalo), Streichinstrumente, Blas- und Orchesterinstrumente (einschließlich Orchesterschule), Seminar für Schulmusikerzieher und Seminar für Privatmusikerzieher. Wer in einer der Abteilungen aufgenommen werden wollte, hatte einige Anforderungen zu erfüllen: Die Studierenden hatten ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen, für ihre gesundheitliche Eignung ein ärztliches Attest vorzuweisen und sich einer Aufnahmeprüfung zu unterziehen. Bei positivem Ergebnis wurden Jugendliche ab sechzehn Jahren in die Fachklassen aufgenommen, ab siebzehn Jahren in die Meisterklassen, sofern sie eine höhere Schulbildung vorweisen konnten, ab achtzehn Jahren in die Abteilung für Schulmusikerzieher, letztere nur mit dem Reifezeugnis einer höheren Schule. Hatten die Bewerber all diese Hürden genommen, so bildeten die hohen Studiengebühren eine neue Barriere: Pro Semester – nicht mehr Trimester – hatten Studierende der Meisterklassen zwischen DM 220 und 280 zu bezahlen, Schulmusiker der Meisterklasse sogar bis zu DM 300. Hinzu kamen weitere diverse Gebühren wie Sozialbeiträge (DM 26) und Prüfungsgebühren (je DM 10).<sup>49</sup> Dabei herrschten keineswegs ideale Studienbedingungen. An allen Ecken und Enden fehlte es an Unterrichts- und Übungsräumen. Die vorhandenen waren oft so unzureichend schallisoliert, dass gegenseitige Behinderungen nicht ausblieben. Professoren kämpften wiederum um Unterrichtsräume: „Es käme oft vor, dass 2 oder 3 Professoren vor dem Zimmer warteten, bis sie hinein können. Es ist sogar schon soweit, dass sich einige Professoren Zimmer gemietet haben, um unterrichten zu können,“ berichtete Scheck 1957 dem Stadtrat.<sup>50</sup> Wo sollten auch die vielen Studierenden unterrichtet werden? 1955 waren es 260, davon 10 Prozent aus dem Ausland, 1958 bereits 280 Studierende. Mehr konnten einfach nicht mehr angenommen werden, trotz der steigenden Anfragen aus dem Ausland. Besonders für Ame-

rika und Ostasien galt das Freiburger Institut als eine der am höchsten anerkannten Musikhochschulen. Hier herrschte kein Massenbetrieb, das Schüler/Lehrer Verhältnis war sehr günstig mit 26 Haupt- und 54 nebenamtlichen Lehrkräften und schließlich wurde der Unterricht von weit über Deutschland hinaus bekannten Dozenten erteilt.

In seinen Bemühungen um die dringliche Lösung der Raumfrage schlug Direktor Scheck den Ankauf des Großherzoglichen Palais für die Musikschule vor. Der Markgraf von Baden würde das Grundstück für diesen Zweck um 40-50.000 DM billiger verkaufen, meinte er.<sup>51</sup> Detmold habe 1954 auch ein solches Palais für seine Schule bekommen. Im Notfall würde er sich auch mit dem „Haus zur lieben Hand“ begnügen, das 1958/59 zur Verfügung stehen sollte. Dieses Gebäude übergab die Stadt dann auch der Musikhochschule im November 1959 und stattete es außerdem großzügig mit 18 Flügeln und weiteren Instrumenten aus.<sup>52</sup> Nach einigen Jahren war aber auch dort wegen Lärmbelästigung ein Unterrichten kaum mehr möglich, nachdem 1964 mit dem Bau eines neuen Universitätsgebäudes begonnen worden war.

Man kann sich nur wundern, dass trotz der problematischen Raumsituation die Hochschule einen so guten Ruf besaß, dass sie – die jüngste aller Schulen! – zu den acht offiziell anerkannten staatlichen Musikhochschulen des Bundesgebiets zählte. In Baden-Württemberg bestanden Mitte der 1950er Jahre sechs Musikhochschulen, in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und Trossingen. Sie alle erhielten Zuschüsse aus staatlichen Mitteln. Von der Direktorenkonferenz der staatlichen Musikhochschulen im Bundesgebiet und in Berlin waren aber nur Stuttgart und Freiburg als solche anerkannt worden. Eigentlich sei schon eine genug, zwei würden den Bundesdurchschnitt um 120 Prozent überschreiten, meinte die baden-württembergische Regierung. Beide sollten jedoch beibehalten werden, um keines der beiden alten Länder zu benachteiligen – der Zusammenschluss der Länder erforderte eben Rücksichtnahmen! Die Freiburger Schule hatte in dem Stuttgarter Gutachten außerdem „uneingeschränktes Lob“ erhalten. Weniger gut beurteilt wurde die Karlsruher Schule, die künftig nur noch bei besonderen Anlässen staatliche Zuschüsse erhalten sollte, da die Stadt dort nach Kriegsende die Musik weniger gefördert habe.<sup>53</sup> Die Würfel waren also zugunsten Freiburgs gefallen, dank des Einsatzes der Stadt und ihres ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Hoffmann.

Einer vollständigen Verstaatlichung stand nun nichts mehr im Wege, das Land wollte die Musikhochschule übernehmen und damit die „Stadt vom Vertrag von 1952 befreien“. Nun eilte es plötzlich: Auf der Besprechung im Finanzministerium am 25. November 1961 wurde als Übergabetermin der 1. Januar 1963 vorgesehen. In der Zwischenzeit mussten noch einige Steine aus dem Weg geräumt werden, denn das Land wollte nicht nur einen Bauplatz mit 60 bis 70 Ar kostenlos zur Verfügung gestellt haben, sondern auch noch das „Haus zur lieben Hand“ als Zusatzgeschenk.<sup>54</sup> Diesen ‚Wunsch‘ konnte die Stadt nicht erfüllen, aber sie erklärte sich bereit, bis zum Bezug der neuen Hochschule die bisher genutzten Gebäude dem Staat kostenlos zur Verfügung zu stellen.

In der Musikhochschule beobachtete man mit Argusaugen, wie Baden-Württemberg seine Gelder verteilte. Prof. Scheck wollte keineswegs hinter der Stuttgarter Hochschule zurückstehen. Als es 1962 um die Einrichtung eines elektronischen Stu-

dios ging – das Stuttgart ebenfalls beantragt hatte -, erinnerte er an die Zusage des Kultusministeriums, „daß eine unterschiedliche Behandlung der beiden Staatlichen Musikhochschulen des Landes ... nicht eintreten werde“.<sup>55</sup> In der ganzen Bundesrepublik gab es zu dieser Zeit nur ein Studio für elektronische Musik: beim westdeutschen Rundfunk in Köln. Seit sich jedoch bedeutende Komponisten wie Hindemith, Milhaud, Messiaen und andere dessen bedienten, mussten die Musikhochschulen nachziehen.<sup>56</sup> Als weiteres neues Lehrgebiet wollte man außerdem eine Klasse für Jazz-Komposition aufnehmen. Ein Akustikstudio stand ebenfalls auf der Wunschliste. Es sollte Studierende mit der Eigengesetzlichkeit akustischer Verhältnisse vertraut machen. Akustikstudios gebe es zwar erst in Berlin und in Detmold, aber die Freiburger Schule sei ja unter dem Motto eines „Bauhauses der Musik“ gegründet worden, als völlig neuer Typ einer Musikhochschule. Bereits in der Hochschulordnung sei dies zu erkennen. „Die Hochschule dient nicht nur der Wahrung und Pflege des künstlerischen Erbes, sie soll auch der schöpferischen Kunst der Gegenwart dienen.“<sup>57</sup> Mit Recht konnte Scheck auf diesen Passus verweisen, hatte doch Ende 1960<sup>58</sup> die Direktion der Hochschule beschlossen, ein Studio für Neue Musik einzurichten, unter Leitung der Professoren Scheck und Fortner. Mit Wolfgang Fortner, auf dessen Initiative die Gründung des Instituts zurückgeht, besaß die Hochschule den dazu wie geschaffenen Komponisten. Er verzichtete sogar auf einen Ruf und blieb in Freiburg. Im Sommersemester 1961 öffnete das Institut ganz bescheiden seine Pforten. Erst 1964 stellte das Finanzministerium dafür Geld zur Verfügung.<sup>59</sup> „Auf dem Gebiet der Kompositionslehre dürfte Freiburg die größte Kompositions-klasse mit hauptfachlich Studierenden in der Bundesrepublik haben,“ stellte Scheck fest. In einer Stadt wie Freiburg werde jedoch kaum musikalische Anregung dazu geboten, so dass sich die Gründung eines eigenen Kammer-Ensembles empfehle. Schon in den vergangenen Jahren hatte es MUSICA VIVA-Konzerte gegeben, die nun in erweitertem Rahmen fortgesetzt werden sollten. Die Aufführungen waren ganz dem Musikschaffen des 20. Jahrhunderts gewidmet. Eröffnet wurde die Reihe der MUSICA VIVA-Konzerte durch ein Gedenkkonzert für Paul Hindemith am 19. November 1964, das dessen Kompositionen gewidmet war.

Dieses neue Institut zog zweifellos weitere Studierende an, sehr zum Leidwesen des Kultusministeriums. In Stuttgart versuchte man nämlich gerade, die Zahl der Studierenden durch einen „Numerus clausus“ zu beschränken, um Lehrer einzusparen. Laut Vertrag von 1952 gehörte ja die Bezahlung der Gehälter von Dozenten zu den Pflichten des Landes. Verständlicherweise waren sich die beiden Vertragspartner über die notwendige Zahl der Lehrer nicht immer einig. Die Hochschule für Musik argumentierte, dass man hier schließlich eine „Elite“ ausbilde – von den 251 Studierenden besaßen 205 die Hochschulreife -, die entsprechend mehr Dozenten erfordere. Scheck legte Zahlen vor, die für sich selbst sprechen: In der Sparte „Klavier“ wurden zwischen 1958 und 1962 die meisten der hiesigen Studierenden ausgebildet, durchschnittlich 221 pro Semester. Das zweitstärkste Fach war „Gesang“, in welchem durchschnittlich 122 junge Musiker pro Semester ausgebildet wurden. Hier lagen in den 1960er Jahren die Schwerpunkte der Ausbildung in der Freiburger Hochschule für Musik.



Aus dem Generalvertrag (§ 4) zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg im Breisgau:<sup>60</sup>

1) „Die Staatliche Hochschule für Musik in Freiburg i. Br. wird mit Wirkung vom 1. Januar 1963 voll verstaatlicht.

2) Im Hinblick auf die dadurch eintretende finanzielle Entlastung der Stadt verpflichtet sich diese zu folgenden Leistungen:

a) Die Stadt überlässt dem Land die derzeitig von der Staatlichen Hochschule für Musik in den Gebäuden Münsterplatz 30, Schusterstr. 19, Schusterstr. 21 und Löwenstr. 16 belegten Räume solange unentgeltlich, bis für die Staatliche Hochschule für Musik ein Neubau erstellt ist.

b) Die Stadt veräußert spätestens innerhalb von 5 Jahren ein für den Neubau der Hochschule für Musik geeignetes und ausreichendes Baugelände in einem besonderen Vertrag unentgeltlich an das Land ...

3) Das Land verpflichtet sich, die Staatliche Hochschule für Musik nicht ohne Zustimmung der Stadt in eine andere Gemeinde zu verlegen ...“

Aufgrund dieses Übergabevertrags gehörte die Musikhochschule nun voll und ganz dem Land Baden-Württemberg, denn zum selben Zeitpunkt wurden in einem gesonderten Vertrag auch die bisher städtischen Bediensteten vom Land übernommen. Das Budget der Stadt Freiburg wurde dadurch um jährlich 180-200.000 Mark entlastet. Besonders wichtig für die Stadt ist der Passus 3), in welchem Freiburg der Verbleib der Musikhochschule zugesichert wird. Andererseits wird die Stadt dazu verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen, also spätestens im Januar 1968. Ein Neubau schien endlich in erreichbare Nähe gerückt, und schon ein paar Tage später kam der Pflanzengarten in Höhe des Alten Messplatzes ins Gespräch. Bis es jedoch zur Eröffnung der neuen Hochschule kam, wurde eine wahre Odyssee von zwanzig Jahren durchlitten, wenn man die Irrfahrten und die Kämpfe einbezieht, die nicht ausblieben.

Zunächst dachte man aber ans Feiern. Am 10. Januar 1963 war es soweit, die Hochschule wurde offiziell dem Land Baden-Württemberg übergeben. Im Haus „Zur lieben Hand“ gestaltete man den Festakt „besonders feierlich“. Alles, was Rang und Namen hatte, war anwesend, vom Regierungspräsidenten Anton Dichtel und dem Oberbürgermeister Dr. Keidel bis zu den Vertretern von Landesregierung, Landtag und weiteren Gremien. Nur an die französischen Besatzungsoffiziere, mit deren Einwilligung die Gründung überhaupt erst möglich geworden war, dachte niemand mehr. Über 120 Personen wurden eingeladen, darunter das gesamte Lehrerkollegium der Musikhochschule, 42 Dozenten und 15 Senatsmitglieder. Zur Aufführung gelangten: Hugo Distler, „Aus dem Mörike-Chorliederbuch“ unter Leitung von Herbert Froitzheim; Johannes Brahms, 4 Stücke aus op. 116, gespielt von Carl Seemann; Franz Liszt, B-A-C-H für Orgel, gespielt von Walter Kraft.<sup>61</sup>

#### Die Senatsmitglieder 1963

Prof. Dr. h. c. Gustav Scheck (Direktor)  
Prof. Johannes Schneider-Marfels  
(stellvertretender Direktor)  
Prof. Dr. Willibald Gurlitt

Dozent Jürgen Klodt  
Prof. Walter Kraft  
Studienrat Horst Schneider  
Prof. Carl Seemann

Prof. Dr. Artur Hartmann  
(Direktor der Musikhochschule in Sao Paolo,  
Ehrensator)  
Prof. Dr. Erich Doflein  
Prof. Wolfgang Fortner  
Prof. Herbert Froitzheim

Prof. Atis Teichmanis  
Prof. Carl Ueter  
Prof. Dr. Carl Winter  
Prof. Margarete von Winterfeldt

### Der weite Weg zum neuen Hochschulgebäude

Die beinahe endlose Geschichte begann 1954, als das Land nach einem möglichen Bauplatz für die Musikhochschule Ausschau halten ließ. Ernsthaft betrieben wurde die Suche jedoch erst nach dem Übergabevertrag von 1963. Die Hochschule platzte aus allen Nähten, in vier Gebäuden waren die rund 300 Studierenden untergebracht: im Wentzingerhaus am Münsterplatz, im Haus „Zur lieben Hand“ in der Löwenstraße und in zwei Häusern in der Schusterstraße. Aber nicht nur die Hochschule übte Druck auf die Stadt aus, auch das Land bestand auf der Erfüllung des Vertrags, der die Stadt dazu verpflichtete, bis 1968 6 Hektar Land für einen Neubau zur Verfügung zu stellen.<sup>62</sup> Das Land wiederum hatte die Gebäude zu erstellen, wobei Freiburg durch zwei Konzertsäle profitieren würde. Eines wusste man genau: Weit draußen vor der Stadt durfte die Hochschule mit ihren Konzertsälen nicht liegen. Eine zentrale Lage war schon deshalb notwendig, weil Studierende für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen sowie für Katholische Kirchenmusik durch Universität und Münster an die Stadtmitte gebunden waren. Viele Grundstücke wurden ins Auge gefasst: das Gelände gegenüber dem Staatlichen Weinbauinstitut in der Merzhauser Straße, der städtische Anzuchtgarten, die Stadtgärtnerei zwischen Schwarzwaldstraße und Dreisam, das Wiesengelände zwischen Kartäuserstraße und Dreisam in Höhe der Kartaus. Letzteres wurde vom Stadtbauamt gleich als „ein landschaftlich einzigartiges Schmuckstück und Erholungsgebiet Freiburgs“ verworfen. Das Schlachthofgelände stand ebenso zur Debatte wie Baugebiet in Bischofslinde, auch der Bereich Lehenerstraße / Fehrenbachallee, Gelände an der Tuniberg- und Haslacherstraße, der Colombipark und so weiter ... Prof. Scheck bevorzugte eindeutig das Gelände der Stadtgärtnerei und wollte dort „verschiedene Bauten für die einzelnen Abteilungen, die untereinander verbunden sind“ errichtet haben. Mit dieser Vorstellung weist Scheck vorausschauend auf die später tatsächlich verwirklichte Konzeption hin. In der Stadtgärtnerei war man verständlicherweise über eine Verlegung nicht gerade beglückt, waren doch die Gärten seit 50 Jahren unter Kultur. Durch eine Verlegung würden Kosten in Höhe von etwa 10 Millionen Mark entstehen.<sup>63</sup> Diese Summe war bei weitem zu hoch gegriffen, denn 1965 sprach man nur noch von 4,5 Millionen einschließlich Grundstückswert. Scheck bedrängte die Stadt und ihren Oberbürgermeister Keidel immer mehr, nicht zuletzt, weil bis zur Fertigstellung noch neun bis zehn Jahre vergehen würden. Das war am 23. Oktober 1963. Ein halbes Jahr später gab Prof. Scheck sein Amt als Leiter der Hochschule an seinen Kollegen Prof. Carl Seemann ab. Die Musikhochschule bereitete ihrem Gründer eine akademische Feier, an der unter anderem Kultusminister Dr. Storz, Oberbürgermeister Dr. Keidel, Erzbischof Dr. Schäufele und Prof. Clemens Bauer als Vertreter

der Universität teilnahmen. Die Musiker-Kollegen feierten ebenfalls den zum Ehrensensator ernannten langjährigen Direktor, der sich – sicher oft sehr hartnäckig – in all den Jahren für die Belange der Hochschule eingesetzt hatte. Sein so lange gehegter Wunsch nach einer neuen Wirkungsstätte blieb aber noch in weite Ferne gerückt.

Carl Seemann betrieb die Angelegenheit mit neuem Elan. Zusammen mit Fachleuten besichtigte er einige Musikhochschulen der Bundesrepublik, um sich danach mit dem Raumbedarf und der Raumplanung auseinander zu setzen.

Im Februar 1965 machte das Kultusministerium Druck und erinnerte die Stadt an ihre Verpflichtung, zumal man befürchtete, dass die anstehenden Verhandlungen über einen zweiten Generalvertrag mit dem Land – den Bau selbst und dessen Unterhaltung betreffend – dadurch erschwert würden. 1965 wurden die Verhältnisse immer untragbarer: Die Unterrichtsräume waren nicht schallisoliert, in einigen mussten täglich Öfen geheizt werden. Seemann drängte ebenfalls: Die seit 1964 von staatlicher Seite zusätzlich zur Verfügung gestellte Villa Mez in Ebnet sei auch nur eine Notlösung. Im Stadtrat debattierte man gerade über ein Grundstück im Bereich der Wilhelm- und Faulerstraße, das jedoch nicht rechtzeitig frei gemacht werden konnte. Dort hätte bei Geschossbau eine Fläche von 1,5 Hektar genügt. Bei einem Quadratmeterpreis von DM 80 wären auf die Stadt nur 1,2 Millionen Mark zugekommen, also wesentlich weniger als bei einer Verlegung der Stadtgärtnerei. Und die Stadt hätte doch so gern ein gutes Geschäft gemacht!<sup>64</sup> In der Gemeinderatssitzung vom 12. Oktober 1965 wurde dem Standort Anzuchtgarten für die Musikhochschule zugestimmt, falls kein anderes Gelände gefunden werden konnte. Im übrigen machte der Gemeinderat seine endgültige Zustimmung zur Abgabe von Teilen des Anzuchtgartens von zwei Bedingungen abhängig: Das Land müsse zumindest einen Teil der Verlegungskosten bezahlen und außerdem für den Umfang der Bebauung, die Erhaltung der Grünflächen und die Zurverfügungstellung der Saalräume eine Dienstbarkeit übernehmen. Aber nicht alle Träume reiften – die Zeit ging ins Land, nichts geschah. Direktor Seemann war durch die sich hinschleppende Entscheidung so zermürbt, dass er 1967 sogar dem Gelände im Gewann Großeschholz (Lehenerstraße / Fehrenbachallee) zugestimmt hätte.

Carl Seemann, geboren am 8. Mai 1910 in Bremen, studierte am Kirchenmusikalischen Institut des Leipziger Konservatoriums bei Günther Ramin, C. A. Martinsen und Kurt Thomas. Zunächst wirkte er als Organist in Flensburg und in Verden an der Aller, bis er sich 1936 für die Pianistenlaufbahn entschloss. Bis 1942 unterrichtete er an der Nordmark-Musikschule in Kiel, zwei weitere Jahre an der Landesmusikschule in Straßburg. Gustav Scheck holte ihn dann nach Freiburg. Dort heiratete er am 21. Dezember 1948 Sophie von Herrmann, mit der er drei Kinder hatte. Als Musiker der ersten Stunde trug er wesentlich zur neuen Musikhochschule bei, genoss auch großes Ansehen als herausragender Pianist. Seine Konzertreisen führten ihn weit über Europa hinaus bis in die USA, nach Südamerika und Südafrika. In der von Scheck geförderten musikalischen Moderne komponierten namhafte Vertreter wie Genzmer, Fortner und Henze für ihn. Als Gustav Scheck in den Ruhestand trat, wurde Carl Seemann am 1. April 1964 sein Nachfolger im Amt. Während seiner Amtszeit von zehn

Jahren bemühte er sich als Vizepräsident des Deutschen Musikrates um Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für Musik. Unter seinem Vorsitz wurden „Die Empfehlungen zur Reform der musikalischen Bildung“ erarbeitet, die für die Hochschule prägend wurden. 1974 trat er in den Ruhestand, von der Musikhochschule im Jahr darauf mit dem Titel „Ehrensator“ gewürdigt. 1978 erhielt er den Reinhold-Schneider-Preis der Stadt Freiburg. Er erlebte noch den Einzug der Musikhochschule in die neuen Gebäude, bevor er im Alter von 73 Jahren am 26. November 1983 in Freiburg starb.<sup>65</sup>

Inzwischen schrieb man das Jahr 1968. Das Vorhaben „Neubau der Musikhochschule“ hatte beim Land an Dringlichkeit eingebüßt. Auf lange Sicht werde infolge der Finanznot des Landes nur der erste Bauabschnitt erfolgen können, ließ das Kultusministerium verlauten. Diese Bemerkung nutzte die Stadt für ihre Zwecke: Nicht sie habe das Vorhaben verschleppt, sondern das Land durch seine schlechte Finanzlage, die keine Ausgaben zuließ, die über den Planungskredit hinausgingen. Die Oberfinanzdirektion wies jedoch darauf hin, dass die Frist von fünf Jahren längst abgelaufen sei laut Generalvertrag vom 1. Juni 1962.<sup>66</sup> Das Land sei zudem nicht gewillt, die Verlegungskosten für die Gärtnerei in Höhe von 1,44 Millionen zu übernehmen. Von städtischer Seite waren die Verhandlungen zwischen den einzelnen Gremien am 25. Juli 1968 immerhin so weit gediehen, dass das Areal der Stadtgärtnerei bevorzugt für den Bau der Musikschule vorgesehen wurde. Dies traf sich mit den Intentionen der Musikhochschule sowie des Kultusministeriums und der Oberfinanzdirektion. Am 27. November 1968 stimmte auch der Bauausschuss zu. In zwei Baustufen sollten die Gebäude erstellt werden, wobei der zweite Teil nicht vor 1980 erfolgen konnte.

Neue Hindernisse tauchten auf – die Vorstellungen der Stadt stimmten mit denen des Landes nicht überein. Die Stadtplaner wollten unter anderem keine Zufahrt zur Hochschule von der Hindenburgstraße her, da dies das Erholungsgebiet entlang der Dreisam zerstören würde. Vorgesehen war außerdem, dass Musikhochschule und Stadthalle eine städtebauliche Einheit bilden sollten. Als man sich schließlich geeinigt hatte, stimmte der Gemeinderat am 3. Dezember 1968<sup>67</sup> der Übereignung des für den ersten Bauabschnitt nötigen Geländes zu. Auf das Land kam damit eine Bau- last von etwa 20 Millionen zu. Dafür bot die Stadt einen geeigneten Standort und eine Hochschule, die „neben Detmold die führende deutsche Musikhochschule“ mit dem höchsten Prozentsatz ausländischer Studierender sei, wie Bürgermeister Dr. Graf feststellte. Der Bau- und Kulturbürgermeister wirkte mäßigend auf den Stadtrat ein und meinte, die Forderung der Stadt bei der Übernahme der Verlegungskosten der Stadtgärtnerei durch das Land sollte unter einer Million DM bleiben. Wie recht er mit seinem vorsichtigen Taktieren hatte, sollte sich ein halbes Jahr später zeigen: Die Oberfinanzdirektion erklärte sich am 3. Juli 1969 bereit, die Hälfte der Verlegungskosten bis zu 500.000 Mark „dem Finanzministerium befürwortend zu unterbreiten“. Noch rechtzeitig vor Weihnachten, am 12. Dezember 1968, erhielt Direktor Seemann die erfreuliche Mitteilung, dass sich alle Beteiligten über den Standort einig seien, die Hochschule für Musik ebenso wie das Kultusministerium und die Oberfinanzdirektion.



„Nach der Verbesserung der Finanzsituation des Landes“ änderte das Ministerium im Sommer 1969 seine Meinung, denn nun sollte die Musikhochschule nicht mehr in zwei, sondern in einem einzigen Bauabschnitt erstellt werden, allerdings im nord-westlichen Teil des Geländes. Die Konzerthalle war für den südwestlichen Teil vorgesehen. Das Grundstück musste deshalb als Ganzes sofort dem Land übergeben werden. Natürlich „besenrein“, d. h. ohne Gebäude und Anlagen! Im November lag bereits die offizielle Bestätigung vor, beim Land kam das Bauvorhaben auf die Dringlichkeitsliste für Bezirksbauten. Alles ging nun sehr schnell. Der Vertragsentwurf lag noch im Dezember 1969 vor, Baubeginn sollte im Frühjahr 1972 sein, so dass die Stadtgärtnerei bis 1. Oktober 1971 verlegt sein musste. Am selben Tag erfolgte auch die Übergabe des Grundstücks, bei welcher 2,18 Hektar städtisches Gelände an das Land überschrieben wurden.

Die 1969 in den Haushaltsplan aufgenommene Planungsrate wurde für die Ausschreibung eines Wettbewerbs verwendet, bei welchem die „Architektengruppe 4“ aus Freiburg schließlich mit dem ersten Preis ausgezeichnet als Sieger hervorging. Trotzdem wurde nichts aus dem Baubeginn 1972. Nach dem glücklich beendeten ‚Schlagabtausch‘ zwischen der Stadt Freiburg und dem Land Baden-Württemberg gingen nun die Bälle um die Finanzierung zwischen Land und Bund hin und her. Vor 1976 waren keine Zuschüsse vom Bund zu erwarten, das Bauvorhaben musste wieder einmal verjagt werden.<sup>68</sup>

An der Hochschule hatte es inzwischen einige Veränderungen gegeben, denn Carl Seemann trat 1974 von seinem Amt zurück. Nach seiner Emeritierung im darauffolgenden Jahr erhielt die aus Barcelona stammende Pianistin und große Künstlerin



Abb. 12 Hochschulleiter unter sich: von links die Professoren Lars Ulrich Abraham, Carl Seemann, Johann Georg Schaarschmidt und Gustav Scheck (aus: Badische Zeitung vom 23.10.1981)

Rosa Sabater seinen Lehrstuhl. Sie kam tragischerweise am 26. November 1983 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, nur wenige Stunden nach dem Ableben Carl Seemanns.<sup>69</sup> Am 28. Januar 1974 trat Prof. Dr. Lars Ulrich Abraham sein Amt als „Rektor“, nicht mehr „Direktor“ der Musikhochschule an.<sup>70</sup> Bereits 1962 hatte nämlich der Senat der Musikhochschule statt der bisherigen Direktorsverfassung eine Rektoratsverfassung beantragt, die auch gewährt wurde. Die Hochschulsatzung wurde abgeändert, die Hochschule für Musik war nun den anderen Hochschulen im Land gleichgestellt. Daher stand nun auch hier ein „Rektor“ an der Spitze.<sup>71</sup>

Der Musikwissenschaftler Lars Ulrich Abraham war 1969 an die Musikhochschule berufen worden und leitete seither das Musikpädagogische Seminar. Seine Amtstätigkeit fiel in die Zeit einer weltweiten Wirtschafts- und Ölkrise mit der höchsten Quote an Arbeitslosen seit 1954. Die Landesregierung musste zu Sparmaßnahmen greifen, die auch die Hochschulen in Mitleidenschaft zogen. In Freiburg kam es zu einem Eklat, als der Rektor der Musikhochschule zu Beginn des Sommersemesters 1976 von seinem Amt zurücktrat, mit voller Unterstützung des Senats. Grund dafür war die „ungesicherte Finanzlage“ der Hochschule, verursacht durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung sowie durch eine „Sechsmonatssperre“ für die Einstellung von Lehrkräften.<sup>72</sup> Es war nicht das erste Mal, dass ein Leiter der Hochschule seinen Rücktritt ankündigte: Auch Gustav Scheck hatte Ende der 1940er Jahre damit gedroht, falls Stellen gestrichen würden. Abraham malte die Folgen der Einsparung von Lehrern aus: Die Bewerber für das Musikstudium bewiesen durch den Eignungstest zwar ihre fachliche Qualifikation für eine Aufnahme, die Schule könne sie jedoch nicht aufnehmen, da sie über keine Studienplätze und nicht genügend Lehrer verfüge. Die Wellen schlugen hoch, das Kultusministerium sprach von „unrichtigen Behauptungen“, Abraham protestierte. Generell sei ein Sparprogramm durchgeführt worden, entgegnete das Ministerium, und man habe sogar die Kunsthochschulen – zu diesen gehörten inzwischen die Musikhochschulen – gleich wie die Universitäten behandelt. Inzwischen wurde auch das Studentenparlament tätig und startete eine Unterschriftensammlung, um Abraham um Fortführung seines Amtes zu bitten. An der Musikhochschule scheint es zu dieser Zeit außerdem zu starken Machtkämpfen zwischen einzelnen Dozentengruppen gekommen zu sein, die wiederum zu Unstimmigkeiten zwischen Rektor und Prorektor geführt hatten. Daher unterstützte das Studentenparlament eine Übernahme des Prorektorenamts durch Prof. Peter Förtig.

Abraham hatte die Leitung der Musikhochschule in einer Periode des Umbruchs übernommen, als es überall an den Hochschulen gärte. In der Ära von Bundeskanzler Brandt war – im Gefolge der 68er Revolte – mehr „Basisdemokratie“ gefragt. Es herrschte ein revolutionärer Geist, Radikale, Gemäßigte und staatliche Autoritäten standen sich gegenüber. Abraham genoss ganz offensichtlich die Sympathie der Studentenschaft, wobei ihm sicher auch seine Erfahrungen in totalitären Gesellschaften zugute kamen. Er verstand es, den Studenten „die gesellschaftspolitische Bedeutung und Wirkung auch vermeintlich unpolitischer Musik bewusst zu machen“.<sup>73</sup> Unter anderem beschäftigte er sich mit der Verwendung des Liedes, das nicht nur in der NS-Zeit zu politischen Zwecken missbraucht wurde.

Lars Ulrich Abraham wurde am 25. April 1922 in Pforten, Mark Brandenburg, geboren. Nach dem Abitur leistete er Militärdienst und geriet in Gefangenschaft. Von 1947 bis 1954 studierte er Klavier, Musikwissenschaften, Musiktheorie und Kunstgeschichte am Konservatorium Cottbus, an der Staatlichen Musikhochschule Weimar – also in der sowjetischen Besatzungszone – und an der Freien Universität Berlin. Nach der Privatmusiklehrerprüfung 1951 war Abraham zehn Jahre als Kirchenmusiker an Berliner Kirchen tätig und unterrichtete daneben Musiktheorie am Konservatorium John Petersen in Berlin. Noch vor dem Mauerbau wurde Abraham 1960 an der Freien Universität Berlin zum Dr. phil. promoviert. Es folgten mehrere Jahre als Assistent an der Pädagogischen Hochschule Braunschweig. 1965 lehrte er als Dozent an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe. Seit 1969 war Abraham als Professor an der Staatlichen Hochschule für Musik in Freiburg tätig. 1974 wurde er zum Rektor gewählt. Diese erste Wahl durch Kollegen wurde möglich durch Änderungen im Bereich der Hochschulen Baden-Württembergs, die den Musikhochschulen einen gleichrangigen Platz sicherten.

Prof. Dr. Abraham publizierte zahlreiche Schriften auf dem Gebiet der Musikgeschichte, der Musiktheorie und Musikpädagogik. Er leistete „einen wertvollen Beitrag zur theoretischen Bewältigung früherer Erscheinungsformen der Musikpädagogik“. Am 20. November 1980 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Nach der Pensionierung im August 1980 zog er zunächst mit seiner Gattin nach Schweden, wo seine Mutter herstammte, 1999 ging er zurück nach Berlin, in die Stadt seiner Studienzeit, wo er am 21. Februar 2003 verstarb.<sup>74</sup>

Um auf die Finanznot aufmerksam zu machen, gingen die Studierenden und ihre Lehrer an die Öffentlichkeit, verteilten 3.500 Flugblätter und sammelten Unterschriften. Durch musikalische Darbietungen auf den Straßen der Stadt trugen sie den Freiburgern ihr Anliegen vor. Sie wollten „ihren“ Rektor Abraham wieder haben. So viele Sympathiekundgebungen ließen den Musikpädagogen nicht ungerührt: Am 1. Juli 1976 ließ er sich „nach langem Zögern und unter schweren Bedenken“ aufstellen. Bei drei Enthaltungen wählte ihn der Senat mit dreizehn Stimmen wieder. Neuer Prorektor wurde Peter Förtig. An der finanziellen Lage hatte sich jedoch vorerst nichts geändert, Stuttgart hüllte sich in Schweigen.

Was sich an der Musikhochschule abspielte, war ein Spiegelbild der Ereignisse an den Universitäten, wo Rektoren ebenfalls ihr Amt wegen der Stellenstreichungen zur Verfügung stellten. An den Eingriffen von Staatsseite hat sich bis heute nichts geändert; dringend wird immer noch „eine weitgehende Autonomie in Finanz-, Verwaltungs- und Personalfragen“ an deutschen Hochschulen gefordert.<sup>75</sup> Scheck erkämpfte diese Autonomie – zumindest in Personalfragen – bereits 1946 bei der Gründung der Musikhochschule. Die freie Wahl des Lehrkörpers war für ihn eine *Conditio sine qua non* gewesen, ohne die die Hochschule niemals das heutige Niveau erreicht hätte.

Die Wogen glätteten sich wieder, die Planung für das neue Gebäude schritt voran. Zur „Architektengruppe 4“ mit Dieter Poppe und Arno Rudel war als Architekt Di-

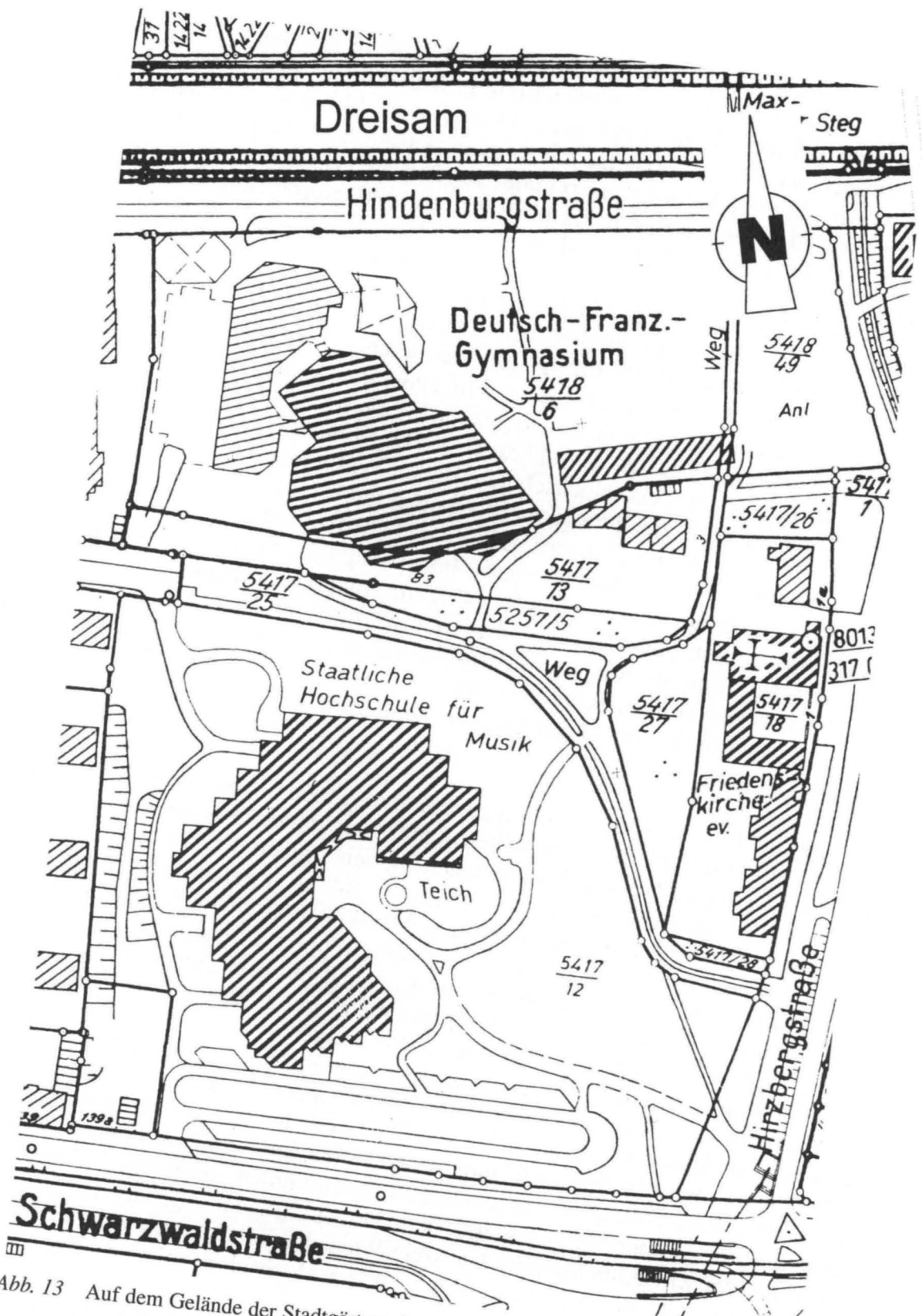


Abb. 13 Auf dem Gelände der Stadtgärtnerei, zwischen Schwarzwaldstraße und Dreisam, entstand 1979 die neue Musikhochschule (Vermessungsamt Freiburg, Auszug aus der Liegenschaftskarte FK 15/20)



plom-Ingenieur Hans-Dieter Hecker getreten. Am 24. November 1978 wurde mit dem ersten Spatenstich auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Anzuchtgartens symbolisch mit dem Neubau der Musikhochschule begonnen.<sup>76</sup> Prominenz aus Stuttgart reiste dazu an, viel wurde über eine Fertigstellung des Baus bis 1981 geredet. Wieder einmal kam alles anders infolge von Unregelmäßigkeiten bei der Angebotsabgabe, die eine neue Ausschreibung notwendig machten. In der Zwischenzeit trat Abraham nach sechsjähriger Amtszeit zurück und überließ ab 1. September 1980 den Rektorenstuhl Prof. Johann Georg Schaarschmidt. Schaarschmidt lehrte seit 1973 an der Freiburger Hochschule Dramatischen Unterricht und übernahm die Szenische Leitung der Opernschule.

Die Hochschulgemeinde war nochmals angewachsen: 613 Studierende waren 1979 immatrikuliert, ein Viertel von ihnen Ausländer. 124 Lehrer nahmen sich ihrer Ausbildung an.<sup>77</sup> Mehrere Studiengänge wurden angeboten, die mit einem Diplom bzw. einem Staatsexamen abgeschlossen werden konnten: Orchestermusik, Instrumental- und Gesangslehre, Schulmusik, Kirchenmusik, Aufbaustudien und Solistenstudium. Nach wie vor wurde Klavier als Hauptfach am meisten gewählt, gefolgt von Violine. Gesang rangierte erst an vierter Stelle nach dem Orgelstudium.<sup>78</sup>

Drei Jahre nach der Amtsübernahme Schaarschmidts, im August 1983, zog die Musikhochschule in ihr neues Gebäude in der Schwarzwaldstraße 141 um, so dass rechtzeitig zum Wintersemester 1983/84 der Unterricht aufgenommen werden konnte.<sup>79</sup> Erst zur Einweihung im Juni 1984 (siehe Titelbild) wurde auch der Konzertsaal – allerdings noch ohne die große Orgel – festlich geschmückt übergeben. Über einen Monat lang, vom 8. Juni bis 14. Juli, fanden in Verbindung mit dem Südwestfunk, Landesstudio Freiburg, Festwochen mit einem vielseitigen musikalischen Programm statt. Avantgardistische Musik, dargeboten vom Ensemble des Instituts für Neue Musik, gelangte ebenso zur Aufführung wie alte Kammermusik, spanische Lyrik mit Gitarre, Schlagzeugkonzerte sowie das moderne musikalische Drama „Der Konsul“ von Gian Carlo Menotti. Das Abschlussfest wurde in Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein der Oberwiehre gestaltet.<sup>80</sup>

Nach dreißigjähriger Planung waren endlich alle Abteilungen der Musikhochschule vereint, die zeitweise an bis zu vierzehn – 1983 an acht – verschiedenen Stellen untergebracht werden mussten. Rund 30 Millionen Mark hatte der Neubau schließlich gekostet, ohne die 3,6 Millionen Mark, die für die Ausstattung der Hochschule verwendet werden konnten. So reich mit Instrumenten und allem notwendigen elektronischen Zubehör war die Hochschule noch nie ausgestattet gewesen! Aber so ein warmer Regen fällt meist auch nur einmal ...<sup>81</sup> Die langwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Land hatten zu einem erfreulichen Ergebnis geführt. Aber auch die Stadt hat ihr Scherflein dazu beitragen, hat sie doch nicht nur das Baugelände zur Verfügung gestellt, sondern auch einen namhaften Beitrag zum vergrößerten Konzertsaal mit 600 Plätzen geleistet.<sup>82</sup>

Die neue Musikhochschule wurde zum Anziehungspunkt für Studierende aus aller Herren Länder. Und neben dem „schönsten Papierkorb“ im Südwesten, der Staatlichen Hochschule für Musik in Stuttgart, kann sich der aus rotem Ziegelstein gemauerte, aufgelockerte Gebäudekomplex im Dreisamtal durchaus sehen lassen.<sup>83</sup>

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Baden-Württemberg“ wurde der zweite Teil dieser Abhandlung, die Zeit nach 1945, bereits veröffentlicht in: „Badens Mitgift. 50 Jahre Baden-Württemberg. Hg. vom Stadtarchiv Freiburg i. Br. HANS SCHADEK. Freiburg 2002, S. 331–368.
- <sup>2</sup> Siehe dazu HANS-JOACHIM SCHMOLSKI: Die Ur- und Frühgeschichte der musikalischen Ausbildung in Freiburg im Breisgau. In: Kontra ●. Die Zeitung der Musikhochschule Freiburg im Breisgau. 4. Jahrgang Nr. 11, Dezember 2001, S. 3 f. Herrn Schmolski danke ich herzlich für seine Hilfe.
- <sup>3</sup> HEIKO HAUMANN: Enttäuschte Hoffnungen auf eine neue Gesellschaft: Revolution und Räte 1918–1920. In: Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Bd. 3. Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart. Hg. von HEIKO HAUMANN und HANS SCHADEK. Stuttgart 1992, S. 265–277, hier S. 276.
- <sup>4</sup> ECKHARD JOHN: Der Mythos vom Deutschtum in der Musik: Musikwissenschaft und Nationalsozialismus. In: Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus. Hg. von ECKHARD JOHN, BERND MARTIN, MARC MÜCK und HUGO OTT. Freiburg/Würzburg 1991, S. 163–190.
- <sup>5</sup> Stadtarchiv Freiburg (StadtAF), C4/XI/25/1, S. 335. Im folgenden aus diesem Konvolut.
- <sup>6</sup> StadtAF, C4/XI/25/1, S. 335, Vorlage des Stadtrats.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 433 ff. Brief Gurlitts an den Oberbürgermeister. In Preußen kam es im darauffolgenden Jahr zu einer staatlichen Regelung, ein Jahr später, im April 1928, wurde eine entsprechende Verordnung für Baden erlassen.
- <sup>8</sup> StadtAF, C4/XI/25/4. Am 19. April 1928 wurde eine „badische Verordnung zur Regelung des privaten Musikunterrichts“ erlassen.
- <sup>9</sup> StadtAF, C4/XI/25/4, S. 180.
- <sup>10</sup> Badische Biographien. Neue Folge Band IV. Hg. von BERND OTTNAD. Stuttgart 1996. Hier HORST FERDINAND über Weismann, Julius, Komponist, S. 314–317. Ebenso: Julius Weismann zum 60. Geburtstag 26. Dezember 1939. Von JOSEF MÜLLER-BLATTAU. Zu seinem Werk: Verzeichnis sämtlicher Werke von Julius Weismann nebst Verzeichnis des Schrifttums und der Ansprachen über Julius Weismann und seine Werke. Hg. im Auftrage des Julius Weismann Archiv e. V. Duisburg von WILM FALCKE. 1955.
- <sup>11</sup> StadtAF, C4/XI/25/7, Zeitungsartikel vom 6. Mai 1932.
- <sup>12</sup> „Alemanne“ vom 1.4.1933, Nr. 91.
- <sup>13</sup> StadtAF, C4/XI/25/4, Schreiben zur Wiedergutmachung; JOHN (wie Anm. 4), S. 180 f.
- <sup>14</sup> Siehe dazu HANS SCHADEK: Kulturelles Leben in Freiburg. In: Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau Bd. 3 (wie Anm. 3), S. 666 f.
- <sup>15</sup> StadtAF, C4/XI/25/4 vom 21. Juni 1958; Staatliche Musikhochschule Freiburg im Breisgau. Festschrift zur Einweihung des Neubaus 1984, S. 35; Badische Zeitung (BZ) vom 2. und 3. November 1977, S. 15.
- <sup>16</sup> StadtAF, C4/XI/25/4 vom 13. Mai 1936.
- <sup>17</sup> Der Vater seiner Großmutter väterlicherseits, der Stadtrat und Kaufmann David Lewald aus Königsberg, war jedoch jüdischer Herkunft gewesen (Universitätsarchiv (UAF), B 24/1127). Das Badische Ministerium für Kultus und Unterricht bezeichnete Gurlitt jedoch fälschlicherweise als Mischling 2. Grades.
- <sup>18</sup> BERND MARTIN: Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945. In: Freiburger Universitätsblätter 129, 1995, S. 7–46, hier S. 23–26, 40 f. Martin gibt keine Quelle an für den Boykott; JOHN (wie Anm. 4), S. 168 f.
- <sup>19</sup> Metz hielt Gurlitt „für Freiburg auf die Dauer nicht tragbar“ (UAF, B 24/1127, Schreiben vom 8. 5. 1937); Müller-Blattau äußerte: „... es ist kaum etwas anderes möglich, als dass der derzeitige Vertreter [Gurlitt] in absehbarer Zeit in den Ruhestand versetzt wird ...“ (ebd.).
- <sup>20</sup> Die genauen Hintergründe von Gurlitts Entlassung ließen sich selbst anhand weiterer Akten des Universitätsarchivs nicht ermitteln. Man erhält jedoch den Eindruck, dass Gurlitt – möglicherweise durch Denunziation – schon 1933 dem Reichsministerium unliebsam auffiel, und dass daher das Badische Ministerium Anweisung hatte, die Gelder für das Musikwissenschaftliche Institut empfindlich zu kürzen. Gurlitt wurden auch keine Forschungsgelder mehr bewilligt, wogegen das Ministerium Müller-Blattau gleich nach seinem Amtsantritt einen höheren Betrag für das Institut zugestand (UAF, B 1/1252, Rektoratsakten). Bekannt war jedoch, dass Müller-Blattau längst nicht das Format

- von Gurlitt hatte (UAF, B 3/344). Kollegial verhalten hat sich die Philosophische Fakultät, die sich einstimmig für ein volles Ruhegehalt für Gurlitt einsetzte (UAF, B 3/512 vom 30. Juli 1937).
- <sup>21</sup> MARTIN (wie Anm. 18), S. 23–26; JOHN (wie Anm. 4), S. 168 f.; PETER FÄSSLER: „Wir fangen nicht da an, wo wir 1933 aufgehört haben“. Christliche Partei und Liberale. In: Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949. Hg. von EDGAR WOLFRUM, PETER FÄSSLER und REINHARD GROHNERT (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland 3). München 1996, S. 91–111, hier S. 96 ff.; Festschrift (wie Anm. 15), S. 26; UAF, B 24/1127 und B 3/512.
- <sup>22</sup> StadtAF, C4/XI/24/5. Auch im folgenden.
- <sup>23</sup> StadtAF, C4/XI/24/6. Auch im folgenden.
- <sup>24</sup> KARL STIEFEL: Baden 1648–1952. Bd. 1. Karlsruhe 1977, S. 376 ff.
- <sup>25</sup> UAF, Akte Gurlitt, B 24/1127. Hier Beurteilung des Dekans Metz vom Oktober 1936. Metz empfahl Müller-Blattau als „bewährten Mann“, der die Musikwissenschaft auch in der Schweiz und im Elsass „in unserem Sinne“ vertreten könne.
- <sup>26</sup> JOHN (wie Anm. 4), S. 170–174, 179; MARTIN (wie Anm. 18), S. 24 f.; UAF, B 42/1921, B 3 /631, B 24/2586 (Personalakte), B 24/2585 (Akten aus Preußen).
- <sup>27</sup> StadtAF, C4/XI/24/6.
- <sup>28</sup> JOHN (wie Anm. 4), S. 177.
- <sup>29</sup> StadtAF, C5/1991. Auch im folgenden.
- <sup>30</sup> Ebd., 30. Januar 1946.
- <sup>31</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 9.
- <sup>32</sup> StadtAF, C5/1991 vom 5. November 1945.
- <sup>33</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 21 f. Scheck wurde am 1. Mai 1946 berufen.
- <sup>34</sup> StadtAF, C5/1991, Mitteilung an Commandant Monteux vom 9. März 1946.
- <sup>35</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 14.
- <sup>36</sup> StadtAF, C5/1991. Oberbürgermeister Hoffmann erwähnt in einem Schreiben an das Ministerium für Kultus und Unterricht am 23. Juni 1946, dass die Musikhochschule am 5. Mai 1946 den Unterricht aufgenommen habe. Im übrigen schwanken die Angaben zur Eröffnung: Ursprünglich war wohl der 1. Mai vorgesehen; nach JOHN (wie Anm. 4), S. 178, soll die Eröffnung am 2. Mai gewesen sein.
- <sup>37</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 12. Die von Scheck genannten Musiker stimmen nicht mit den Angaben von Wohlfarth auf S. 22 überein. In den Akten (StadtAF, C5/1991 vom 27. April 1946) sind für die Meisterklassen 14 Lehrkräfte vorgesehen gewesen, vier von ihnen lehrten auch später nicht in Freiburg. Nicht genannt werden bei Scheck Adalbert Nauber (Violine), Wilhelm Schleuning (Kapellmeisterklasse) und Willibald Gurlitt (musikpädagogische Abteilung) sowie er selbst.
- <sup>38</sup> Staatsarchiv Freiburg (StAF), C 25/2, 40.
- <sup>39</sup> BZ vom 23. April 1948.
- <sup>40</sup> BZ vom 15. Januar 1963.
- <sup>41</sup> StadtAF, C5/1991.
- <sup>42</sup> StadtAF, C4/XI/24/6 vom 1. Juni 1951.
- <sup>43</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 29.
- <sup>44</sup> StAF, G 520/1, 2.
- <sup>45</sup> StadtAF, C5/1991.
- <sup>46</sup> StAF, G 520/1, 2 vom 6. Juli 1962.
- <sup>47</sup> StadtAF, C5/1991. Rückseite des Schreibens vom 12. Dezember 1949.
- <sup>48</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 6–18; ebd. S. 21; BZ vom 22. Oktober 1981, 25. April 1984, 26. Mai 1967.
- <sup>49</sup> Staatliche Hochschule für Musik Freiburg im Breisgau. Ohne Jahr (ca. 1955), S. 13 und 30.
- <sup>50</sup> StadtAF, C5/2003.
- <sup>51</sup> Stuttgarter Zeitung vom 19. November 1957, S. 13; siehe auch die Darstellung von Heiner Gierich in der Festschrift (wie Anm. 15), S. 44.
- <sup>52</sup> StAF, G 520/1, 32 Nr. 138. Aus der Rede von Gustav Scheck 1963.
- <sup>53</sup> StadtAF, C5/1992.
- <sup>54</sup> StadtAF, C5 1992 vom 5. Januar 1962.
- <sup>55</sup> StAF, G 520/1, 2 vom 24. Januar 1962.

- <sup>56</sup> StAF, G 520/1, 32 Nr. 138, abgedruckt in BZ vom 8. Januar 1963.
- <sup>57</sup> Ebd., abgedruckt in der BZ vom 30. Juni 1971, S. 6.
- <sup>58</sup> StadtAF, C5/2003 von 1964; StAF, G 520/2, Nr. 99; Festschrift (wie Anm. 15), S. 33. Nach der Festschrift soll die Gründung 1959 erfolgt sein.
- <sup>59</sup> 1964 erhielt die Hochschule nur einen „Teilbetrag“ der DM 50.000, die für 1965 bewilligt wurden.
- <sup>60</sup> StadtAF, C5/1992. Auch im folgenden.
- <sup>61</sup> StAF, G 520/1, 32 Nr. 138.
- <sup>62</sup> StadtAF, C 5/2004. Auch im folgenden.
- <sup>63</sup> Allgemeine Zeitung Freiburger Rundschau vom 9. Mai 1963. In derselben Zeitung wird am 3./4. August 1963 sogar von 20 Millionen (!) gesprochen. Laut Stadtbauausschuss (21. Juli 1965) soll die Verlegung 1,5 Millionen kosten, allerdings ohne Grundstück.
- <sup>64</sup> „Im übrigen soll durch Verhandlungen mit dem Land möglichst viel für die Stadt herausgeholt werden,“ meinte Stadträtin von Rudloff am 12. Oktober 1965 (StadtAF, C 5/2004).
- <sup>65</sup> BZ vom 11. Mai 1970 und 28. November 1983; Festschrift (wie Anm. 15), S. 21–37; Meldekartei (StadtAF).
- <sup>66</sup> StadtAF, C5/2004 vom 3. Dezember 1968. Siehe dazu Festschrift (wie Anm. 15), S. 45. Selbst wenn man den Übergabetermin 1. Januar 1963 nimmt, hätte das Gelände spätestens am 1. Januar 1968 zur Verfügung gestellt werden müssen.
- <sup>67</sup> StadtAF, C5/2004; siehe dazu Festschrift (wie Anm. 15), S. 35.
- <sup>68</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 47.
- <sup>69</sup> BZ vom 29. und 30. November 1983.
- <sup>70</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 37 und S. 35.
- <sup>71</sup> StAF, G 520/1, 2 vom 7. März und 9. Oktober 1962. Kurz vor der Verstaatlichung wurde am 9. Juli 1962 noch die Rektoratsverfassung beantragt.
- <sup>72</sup> StAF, G 520/1, 32 Nr. 140, abgedruckt in BZ vom 6., 7. und 8. April 1976. Bericht des ASTA vom 9. April 1976; Stuttgarter Zeitung vom 12. April 1976; BZ vom 22. und 29. April 1976, ebenso vom 2. Juli 1976.
- <sup>73</sup> Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg vom 18. November 1980 (Staatliche Hochschule für Musik).
- <sup>74</sup> Ebd.; mündliche Auskunft von Prof. Wohlfahrt, Staufen; telefonische Auskunft von Prof. Abraham, Berlin.
- <sup>75</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. November 2001, S. 17. Forderung von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und vom Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz Klaus Landfried.
- <sup>76</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 47 f., S. 62. Die Akten zur Musikhochschule im StAF konnten wegen der 30jährigen Sperrfrist nur bis 1972 eingesehen werden.
- <sup>77</sup> Ebd., S. 39.
- <sup>78</sup> Ebd., S. 74. Zahlen von 1984. Anteil der 562 Studierenden am Hauptfach Klavier: 173, Violine: 72, Orgel: 45, Gesang: 39, Viola und Violoncello: je 33.
- <sup>79</sup> Ebd., S. 40, S. 46.
- <sup>80</sup> Festprogramm der Staatlichen Hochschule für Musik.
- <sup>81</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 82; BZ vom 7. Juni 1984, S. 22; BZ vom 9. Juni 1984, S. 25.
- <sup>82</sup> Festschrift (wie Anm. 15), S. 46; BZ vom 7. Juni 1984, S. 22; BZ vom 9. Juni 1984, S. 25.
- <sup>83</sup> BZ vom 8. Dezember 2001, S. VI.